

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 11/2021**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach  
am: Mittwoch, 10. November 2021  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:31 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

-----  
**Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries**

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 19

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Henkel, OR Kehrlé, OR Müller, OR Miersch, OR Griener

**B´90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Klingert, OR Köster, OR Dr. Wagner, OR Ruf,  
OR Stolz

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

**FDP:** OR Dr. Noé,

**FW:** OR Wenzel, OR Yesil

**AfD:** OR Bruker

**DIE LINKE:** OR Frey

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OR Isele, OR Elke Frey, OR Malisius

**b) nicht entschuldigt:** -

**Schriftführer:**

Matthias Hoffmann (StaDu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Dr. Höglmeier (VBK), Herr Messerschmidt (VBK)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 28. Oktober 2021, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 5. November 2021 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Festsaal der Karlsburg. Frau Ortschaftsrätin Isele, Frau Ortschaftsrätin Elke Frey und Herr Ortschaftsrat Malisius seien für die heutige Sitzung entschuldigt.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 1, Jahresbericht VBK**, auf. Sie begrüßt hierzu recht herzlich Herrn Höglmeier und Herrn Messerschmidt von den VBK. Herrn Höglmeier dürfe sie recht herzlich zum neuen technischen Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe und auch der AVG gratulieren. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit, die bisher auch schon immer sehr gut gewesen sei.

Man habe im Bauausschuss ein Gespräch mit der Geschäftsleitung der Verkehrsbetriebe gehabt, bei dem man einige Punkte angesprochen habe. Ein Ergebnis dieses Gespräches sei eine Art Jahresgespräch im Ortschaftsrat gewesen und es sei schön, dass dies so geklappt habe.

**Herr Dr. Höglmeier (VBK)** begrüßt die Anwesenden. Man habe vereinbart, dass man regelmäßig in das Gremium komme, um einen Überblick zu geben, was aktuell an Themen anstehe. Man habe heute vier Punkte in eine Präsentation gefasst und danach stehe man natürlich auch für Fragen zu diesen Themen zur Verfügung. Mit Herrn Messerschmidt habe man auch den Leiter des Unternehmensbereiches „Betrieb“ als Betriebsleiter mit dabei, sodass hier auch zu allen betrieblichen Themen direkt profunde Antworten gegeben werden können.

Er möchte mit dem Thema Netzkonzeption 2020/2030 beginnen. Man habe 2017 dieses Papier aufgelegt, wo man verschiedene mögliche Entwicklungen in der Stadt, aber auch in der Region aufgenommen habe. Es sei ein gemeinsames Papier mit der AVG und des KVV. Man habe auch die Maßnahmen aus dem Jahr 1993 bewertet. Man sei aktuell in den Endschritten der Überarbeitung dieses Papiers. Man werde dies auch im Dezember den Aufsichtsräten vorstellen und dann würde man es sowohl online, als auch als Papiervariante zur Verfügung stellen. Wenn man einen Blick auf das Stadtgebiet werfe und am heutigen Abend den Fokus speziell auf Durlach lege, dann habe man die Entwicklung der Tramstrecke zum neuen Baugebiet unten am Grötzinger Weg als einer der Punkte. Man habe das Thema barrierefreier Ausbau der Endhaltestelle Durlach Turmberg und man habe natürlich die Turmbergbahn als Maßnahme hinterlegt. Darüber hinaus gebe es im Stadtgebiet natürlich noch viele weitere Maßnahmen von unterschiedlicher Konkretisierung und unterschiedlichem Stand, wie eine tatsächliche Umsetzung tatsächlich erfolgen könne. Die Tramstrecke zum Entwicklungsgebiet unten am Grötzinger Weg habe man im letzten Gespräch auch angesprochen, wie hier der Stand sei und wie es hier weitergehe. Dies sei auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt. Auch das Stadtplanungsamt werde noch explizit in das Gremium kommen und die weitere Vorgehensweise erläutern. Man habe gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt verschiedene Varianten diskutiert, wie eine entsprechende Verlängerung erfolgen könne, um dieses neue Gebiet und damit auch das Turmbergbad entsprechend mit der Tram zu erschließen. Diese Überlegungen, die dann in zwei Varianten zusammengefasst worden seien, würden dann in den baulichen Wettbewerb eingehen, der unter der Federführung des Stadtplanungsamtes ablaufe und in einer entsprechenden Umsetzungsvariante münde. Er möchte noch einen kurzen Blick auf die zwei Varianten werfen, die in der näheren Betrachtung seien.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht VBK**

**Blatt 2**

---

Dies sei einmal die Variante, dass man über die B3 im eingleisigen Betrieb und später im zweigleisigen Betrieb in das Neubaugebiet gehe. Auf dem Bild sei dies die untere Trassenvariante. Die zweite Variante sei die Führung durch die Alte Weingartner Straße als besonderer Bahnkörper, zweigleisig als Rasengleis. Rasengleis sei dort, wo man keine Überfahrbarkeit benötige, grundsätzlich die Planungsgrundlage. Die beiden Varianten würden dann entsprechend zusammenkommen und es gebe am Ende eine zentrale Haltestelle im Neubaugebiet und je nach Variante dann eine entsprechende Wendeschleife, entweder etwas früher oder etwas weiter hinten.

Zum barrierefreien Ausbau der Endhaltestelle Durlach Turmberg führt er aus, dies sei schon ein etwas längeres Projekt. Man habe hier viele Varianten untersucht. Man müsse aber auch einfach festhalten, dass sich in den letzten Jahren die Bedeutung der Endhaltestelle durchaus verändert habe und sich der Umsteigepunkt Richtung Karl-Weysser-Platz und Schlossplatz verlagert habe. Wenn man jetzt auf die Weiterführung Richtung Turmbergbad und Richtung Neubaugebiet blicke, dann sei es wesentlich, welche Variante am Ende zur Umsetzung komme. Daraus resultierend falle es der VBK momentan nicht einfach, hier eine Festlegung zu treffen, wie man den barrierefreien Ausbau gestalten wolle. Aus dieser Konsequenz heraus sei die Vorgehensweise, die man sich jetzt vorgenommen habe, dass man bis zur Wiederinbetriebnahme der Turmbergbahn einen barrierefreien Ein- und Ausstieg an den ersten beiden Türen ermöglichen wolle, sodass man hier eine durchgängige Barrierefreiheit von der Tram später habe. Der endgültige und vollständige barrierefreie Umbau werde man so lange nach hinten schieben müssen, bis man wisse, mit welcher Variante man das Neubaugebiet erschließe.

Nun komme er zur Turmbergbahn. Einige seien bei den Workshops dabei gewesen. Man habe wie angekündigt drei Workshops durchgeführt. Den ersten am 20.07.2021 zur Gestaltung der Stationen, des Zauns und auch des Umfelds. Der zweite Workshop sei am 28.07.2021 zur Gestaltung der Außenhülle gewesen und der dritte Workshop nach der Sommerpause sei zur Gestaltung des Fahrgastinnenraums gewesen. Ziel der Workshops sei eine gemeinsame Entscheidung gewesen und wo es möglich ist, Prüfaufträge mitzunehmen, wo man entsprechende Anpassungen vornehme. Aus seiner Sicht seien die Workshops am Ende sehr produktiv gewesen und man habe sehr viele Anregungen gehabt, wie die Gestaltung und Umsetzung verbessert werden könne. Hier wolle er noch einmal kurz auf die einzelnen Punkte eingehen. Man werde die Entscheidungen dann aber auch noch entsprechend vorbereiten und in der nächsten Zeit auf das Gremium zu kommen. Aus dem Workshop eins sei das Thema Integration des Treppenabgangs oder eben Festsetzung der Talstation nach oben offen gewesen. Hier denke er, sei man auf einem guten Weg, dass man hier eine Lösung bekomme, was den Treppenabgang anbelange. Deshalb sei der Versatz der Talstation nach oben auch schon rot hinterlegt, sodass man hier eine schöne Fläche und einen schönen Platz bekomme und einen schönen Zugangsbereich, ohne den störenden Treppenabgang. Die zweite Entscheidung, die gefällt werden müsse sei das Thema, ob man einen architektonisch wertvollen oder anspruchsvollen Zaun habe oder ob man eine starke Begrünung habe, sodass dieser Zaun gar nicht

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht VBK**

**Blatt 3**

---

zu tragen komme. Hier habe man sehr ausgeglichene Verhältnisse gehabt, sodass man hier mit dieser Entscheidung noch einmal in das Gremium komme. Ansonsten habe man verschiedene Prüfaufträge gehabt. Zum Beispiel die Absenkung des Grünstreifens, also eine Idee, die in diesem Workshop geboren worden sei, dass man den Grünstreifen absenke, um den Zaun tiefer zu machen, um somit den Zaun von der Straße aus nicht in der vollen Höhe wirken zu lassen. Dies werde nach Rücksprache mit der Genehmigungsbehörde auch so möglich sein und dies werde man in den Planungen weiter berücksichtigen. Als weiteren Punkt habe man die schräg verlaufende Trasse. Dies gestaltet sich eher schwierig, auch vom räumlichen Bild her und deshalb würde man davon absehen wollen. Die Festlegung der Bepflanzung der Grünstreifen erfolge in Abstimmung mit dem Gartenbauamt und hier würde man dann prüfen und abstimmen, was die richtige Bepflanzung sei. Dies hänge natürlich auch etwas damit zusammen, ob der Zaun sichtbar sein solle oder ob er stark begrünt sein solle. Und die Absenkung des Seilbahnfahrweges, sodass man insgesamt ein Stückchen nach unten komme, werde man auf jeden Fall zum Teil in die Planung aufnehmen können. Ansonsten habe es noch Wünsche zur Möblierung gegeben, zum Vordach, zur Beschriftung, zum Beleuchtungskonzept in der Unterführung und zur Gestaltung der Stützwand mit dem Kunstbeirat. Es seien also viele Vorschläge, die man gerne aufnehme und aufgenommen habe und in der Planung berücksichtigen werde.

Beim zweiten Workshop sei es dann um die Fahrzeuggestaltung gegangen. Auch hier habe man zwei Arbeitsgruppen gehabt. Es seien konträre Ansichten gewesen, was die bessere Variante sei. Dies dürfe dann das Gremium letztendlich entscheiden, was die Vorzugsvariante sei. Man habe die moderne Form und die klassische Form. Beides in den badischen Farben oder eben ein eher dezentes, silberfarbenes Design.

Beim dritten Workshop sei man einer Meinung gewesen, wie die Innenraumgestaltung erfolgen solle. Man habe sich in diesem Workshop für Holzbänke entschieden, man habe einen hellgrauen, griffigen Boden und sehr große Fensterflächen. Man habe die Klimatisierung der Bahnen, wenn sie in der Station stehen. D. h. man habe keine Klimatisierung auf dem Fahrzeug, sondern die Fahrzeuge würden bei warmen Temperaturen in den Stationen vorkonditioniert werden würden auf dem Weg natürlich durch den Fahrtwind und entsprechende Fenster und Lüftungsanlagen belüftet. Wenn die Bahn in den badischen Farben gestaltet werden, dann seien die Bezüge rot, ansonsten auch in einem hellen grau. Aber hierfür bekomme man Entwürfe, um darüber entscheiden zu können. Zum weiteren Ablauf könne er sagen, dass man nun ein vorgezogenes Scoping habe. Am 28. Oktober sei die Veröffentlichung des Regierungspräsidiums erfolgt. Es sei vorgezogen zur Planfeststellung. Im Scoping könne jeder, sowohl Träger öffentlicher Belange als auch jede Privatperson, diese Unterlagen einsehen. Es seien bis zum Verkehrsgutachten die verschiedenen Unterlagen veröffentlicht und man könne Hinweise geben, über welchen Rahmen die Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden solle. Aber auch Nachfragen zur CO<sub>2</sub>-Bilanz seien möglich, dies seien Punkte, die dann vom Regierungspräsidium festgelegt werden. Nach sechs bis acht Wochen Offenlage komme alles, was man im Rahmen der

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

Umweltverträglichkeitsprüfung noch an weiteren Unterlagen erstellen müsse, zu den Unterlagen, die man bereits erstellt habe. Ab Januar würde man die weiteren Gutachten anfertigen lassen, die dann noch fehlen. Der Plan sei, im April die Planfeststellungsunterlagen einzureichen. Dazu müsse man noch in das Gremium kommen. Man habe gesagt, man komme in verschiedenen Punkten zum Ortschaftsrat. Man werde, bevor man die Planfeststellungsunterlagen einreiche, noch einmal in den Planungsausschuss gehen und dort das Projekt noch einmal vorstellen. Man werde in den Ortschaftsrat Durlach kommen, was die offenen Entscheidungen der Workshops angehe. Nachgelagert werde man dann das Thema der offenen Punkte noch einmal im Gemeinderat haben und man könne, bevor man die Planfeststellungsunterlagen einreiche, diese noch einmal im Gremium vorstellen, was dann Inhalt dieser Planfeststellungsunterlagen sei.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich für den Bericht. Er möchte aus den drei Workshops berichten, sie seien außerordentlich produktiv gewesen sehr professionell moderiert und es sei ein guter Gedankenaustausch gewesen. Er möchte auch den Medienvertretern und der Öffentlichkeit mitgeben, dass alle Ergebnisse und alle Inhalte dieser Workshops offen publiziert seien und auf der Homepage des KVV mit allen Facetten publiziert seien. Dies könne man dort einsehen.

Er habe einige Fragen, zum Thema Netzkonzeption. Vielleicht könne man auf das Chart vier gehen. Das Thema Netzkonzeption 2030 sei fortgeschrieben worden. Wenn hier ein Abschlussdokument da sei, sei es schön, wenn man es dem Ortschaftsrat zukommen lasse und er habe konkrete Fragen dazu. Man sehe hier Punkt 1.8. Dies sei das Einschleifen der S31/S32, die von Durlach über den Otto-Dullenkopf-Park in die Ludwig-Erhard-Allee eingeschleift werden. Diese Netzverknüpfung habe dann zur Folge, dass das Umsteigeargument am Bahnhof Durlach entfalle. Er dürfe daran erinnern, dass er kritisiert habe, dass der neue Liniennetzplan, der nach der Eröffnung der Kombilösung jetzt komme, die Tram 5 in den Bahnhof Durlach geleitet werde und dort ende, anstatt, wie es ursprünglich versprochen gewesen sei, nach Durlach hineinzuführen. Er dürfe darauf hinweisen, dass in Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid zur Kombilösung, Durlach zwei Linien zugesagt worden seien und eine Anbindung von der Durlacher Kernstadt an den Hauptbahnhof. Wenn man diese Netzkonzeption weiterdenke, dann entfalle dieses Umsteigeargument und er wolle bitten, zu prüfen, ob man die Tram 5 nicht doch nach Durlach ins Zentrum führen könne.

Das zweite Thema seien die Tangentiallinien, er habe auch die Dokumentation herausgezogen. Man habe in Karlsruhe eine starke Zentrierung, welche sich durch die Tunnellösung noch mehr auf die Innenstadt verlagere. Es würden die Tangentialverbindungen fehlen. Im alten Dokument sei die Rede von einer Tangentialverbindung Durlach-Hagsfeld-Waldstadt-Neureut. Er sehe noch den Ast Waldstadt-Neureut, dieser sei noch drauf. Es würde sich jedoch anbieten, die Verbindung Durlach-Hagsfeld-Waldstadt nochmal in den Blick zu nehmen. Eine wesentliche kurzfristigere Lösung für die Anbindung Durlach-Neureut sei die Reaktivierung der Strecke Neureut-Karlsruhe/West-Hauptbahnhof. Hier

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr****Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

wolle er fragen, wann hier mit der Realisierung zu rechnen sei und ob auch nicht nur der Hauptbahnhof angebunden werde, sondern ob die S12 auch nach Durlach weitergeführt werde.

Nächstes Thema sei die Verlängerung der Tram Unten am Grötzingener Weg. Er habe es kurz vorgestellt. Hier sei das Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern herangetragen worden. Man müsse die dann neue Talstation an die Tram anbinden. Wenn man nun von der Stadt herauskomme, habe man einen kurzen Umsteigeweg über die Straße, um auf den Turmberg hochzufahren. Wenn man vom Turmberg herunterfahre, würde man eine Rundfahrt durch das neue Wohngebiet machen, bevor man in die Innenstadt fahre. Dies sei ein Thema, welches man noch einmal beleuchten müsse, im Hinblick auf die Führung von der Verlängerung von der Trasse.

Dann habe er noch das Thema Barrierefreiheit Endhaltestelle Turmberg, hier habe man ursprünglich eine Anfrage gehabt, die schon beantwortet worden sei, dass man diese Lösung möglichst bald bekomme. Eine weitere Frage, von Bürgerinnen und Bürgern sei, wie es mit der Löschung der Betriebserlaubnis der jetzigen Turmbergbahn aussehe. Hier stehe eine Zahl im Raum. Man sehe jetzt auch die Umweltverträglichkeit usw., dies gehe alles noch ein bisschen mit dem Neubau. Er fragt, ob die Turmbergbahn bis zum Baubeginn auf Basis der alten Lizenz weiterfahren dürfe oder ob man dann schon einen Busnotbetrieb brauche und wie man die Erreichbarkeit des Turmbergs sicherstelle, in der Zeit zwischen alter und neuer Turmbergbahn.

**Herr Dr. Höglmeier (VBK)** antwortet, dass man inzwischen mit der DB Netz die Baufinanzierungsvereinbarung abgeschlossen habe, sodass man die Planer an Bord holen könne und die Planungen entsprechend voranbringen könne. Vom Zeitraum rede man hier sicherlich über fünf bis sechs Jahre, bis hier eine Realisierung erfolgt sei. Parallel zum Einschleifen der S31/S32 erfolge auch seitens des Landes eine Stärkung des direkten Verkehrs zwischen Bruchsal-Hauptbahnhof und Karlsruhe-Hauptbahnhof, was mit die Begründung dafür sei, dass man die S31/S32 direkt in die Stadt einschleifen könne, ohne dass man für die Fahrgäste das Angebot verschlechtere. Das Umsteigeargument für die Tram 5 könne man mit der Anbindung an das Neubaugebiet zusammenfassen, denn je nach Variante, wenn man jetzt durch die Alte Weingartner Straße hindurchfahre, müsse man die Tram 5 nach Durlach einführen, um hier beide Bereiche ordentlich anzubinden und auch die Möglichkeit Richtung Turmbergbahn zu gewährleisten. Bezüglich der Anbindung rein baulich, was die Anbindung von Neureut über Knielingen zum Hauptbahnhof angehe sei es so, dass man in der Dezember-Sitzung des Gemeinderates einen Beschluss des Gemeinderates benötige, dass man hier in die Planungen einsteigen könne. Hintergrund sei, dass die bisherige Zusage des Landes auf dieser Strecke einen Ein-Stundentakt vorsehe. Die eigenen Untersuchungen würden ergeben haben, dass man mit einem Ein-Stundentakt aber nicht die standardisierte Bewertung erfolgreich abschließen könne, sodass man mindestens einen Halbstundentakt anbieten müsse, was irgendwo auch eine Selbstverständlichkeit sei. Dies habe aber zur Folge, dass die Stadt über den

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

vom Land vorgesehenen Standard hinausgehenden Betriebskosten verantwortlich sei und dies bezahlen müsse. Dies müsse der Gemeinderat beschließen, dass er dazu bereit sei. Dies sei der Beschluss im Dezember. Bis man dann in den Betrieb gehe, könne sich das ganze überholt haben, weil jetzt das Land als neuen Standard den Halbstundentakt im ländlichen Bereich herausgegeben habe. Wenn im Land dies ein Grundsatz sei, dann sollte es auch dort gelten. Von daher könne sich dies in Wohlgefallen auflösen. Wenn es um die Einschleifung bei der DB gehe, brauche man dort eine Leistungsfähigkeitserhöhung, d. h. man müsse in die Infrastruktur der DB-Netz eingreifen, von daher sei man hierbei mindestens bei fünf bis sechs Jahren, bis man hier vorankomme. Zur Betriebserlaubnis der Bergbahn könne er sagen, wenn man im April den Planfeststellungsantrag einreiche und man mit 20 Monaten plane, was den Beschluss angehe, dann würde dies mit der Außerbetriebnahme der Turmbergbahn funktionieren. Würde es länger dauern, gebe es zwei Möglichkeiten. Diese würden dann konkret mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt werden. Man müsse klären, ob es Ersatzmaßnahmen gebe, um eine Verlängerung hinzubekommen. Dies würden technische Erneuerungen sein können oder eine dichtere Inspektionsfolge. Man müsse sich natürlich für das erstere einsetzen. Ziel sei, dass man die Turmbergbahn so schnell wie möglich bekomme.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** fragt noch einmal zur S12, ob diese auch nach Durlach verlängert werde oder ob man momentan nur von Neureut-Karlsruhe West-Karlsruher Hauptbahnhof spreche.

**Herr Messerschmidt (VBK)** antwortet, dass dies erstmal nur bis zum Hauptbahnhof vorgesehen sei. Dies ergebe sich eventuell mit der Verknüpfung mit anderen Linien, die dann weiterführen würden. Aber zunächst sei Durlach keine Endstation.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** antwortet, dann wolle er dies als Denkaufgabe, Tangentialverbindung Durlach-Neureut, noch einmal im Protokoll haben und mitgeben.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** bedankt sich für die Ausführungen. Bezüglich der Netzkonzeption 2020/2030 habe die Fraktion auch noch ein paar Fragen. Sie fragt, ob dies auch vor dem Hintergrund des Klimaschutzkonzeptes 2030 entwickelt werde und der Idee, dass man die Fahrgastzahl zwischen 2020 und 2030 verdoppeln wolle. Hier habe sie noch ein paar einzelne Nachfragen. Auch hier sei die fehlende Tangentialverbindung, der Lückenschluss zwischen Waldstadt und Durlach aufgefallen. Die Grünen würden sich hier auf einer Linie mit der FDP befinden. Sie wolle noch zu den Linien 1.16 kommen, d. h. die Verbindung Lückenschluss zwischen Ettlingen und Durlach und Punkt 1.15, hoch zu den Höhenstadtteilen. Hier sei im Verkehrsentwicklungsplan auch mal über die Möglichkeit einer Seilbahn geredet worden. Hier habe es ursprünglich geheißen, dass dies perspektivisch sei und die Fraktion würde interessieren, ob dies perspektivisch konkretisiert werden könne. Sie habe im Maßnahmenkatalog vom



**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

Klimaschutzplan im Handlungsfeld die Idee gesehen, dass ein intern abgestimmter und verbindlicher Zeitplan fehle. Dies sei eineinhalb Jahre her. Die Frage sei, ob es diesen mittlerweile gebe. Im Rahmen der Netzkonzeption wolle sie auch noch einmal auf die ganzen Anträge der Busverbindungen hinweisen. Man habe im Sommer 2020 einen Aumer Bus beantragt, der Aue besser an Durlach anbinden solle und die Verlängerung von Busnummer 23 von Stupferich zum Durlacher Bahnhof und hier sei man informiert worden, dass nach einer Aufsichtsratsagung von der VBK man Rückmeldung bekomme und hier würde sie der Sachstand interessieren. Es freut sie zu sehen, dass man beim Neubaugebiet schon in die Planung eingestiegen sei und man die Anbindung an die Untere Hub im Hinterkopf habe. Dies habe man genau vor einem Jahr im Ortschaftsrat diskutiert. Der Fraktion sei aufgefallen, dass das Turmbergbad gar nicht so gut angebunden sei. Sie fragt, ob der Eingang vom Turmbergbad zu der Haltestelle hin verlegt werde oder ob es andere Ideen gebe. Sie fragt, ob in der Planung vorgesehen sei, die Buslinie 31 wieder zu beleben, die das Turmbergbad mal angebunden habe, ursprünglich auf dem Weg nach Hagsfeld. Vielleicht sei dies eine Möglichkeit, dies relativ schnell in den Sommermonaten zu machen, um die dortige Verkehrssituation an manchen Tagen zu entlasten. In diesem Zusammenhang wolle sie auch darauf hinweisen, dass es die Möglichkeit gebe, sowohl die Buchung am Campingplatz, als auch den Besuch des Turmbergbades mit einem Kombiticket zu verbinden, sodass man mit dem Eintritt des Bades gleichzeitig ein KVV Ticket inklusive habe. Dies würde die Fraktion sehr befürworten.

Des Weiteren sei aufgefallen, dass die Umlaufzeit der Linie 1 wahrscheinlich zu groß sein würde, wenn man die Anbindung an das Neubaugebiet mache und man habe sich überlegt, ob es nicht sinnvoll sei, die Linie 5 dort wieder hinein zu verlegen, sodass man insgesamt in Durlach einen Fünfminutentakt habe. Dies würde alle sehr freuen. Natürlich würden Rasengleise an allen Ecken sehr erfreuen. Gerade auf der B3, wo es sehr laut sei. Bezüglich der Workshops der Turmbergbahn wolle sie Herrn Dr. Noé zustimmen. Dies sei eine sehr konstruktive und gute Zusammenarbeit gewesen, dies habe der Fraktion sehr gefallen. Nach ein paar holprigen Anfängen in der Zusammenarbeit habe sich dies gut entwickelt. Es sei bekannt, dass man Fan der Verlängerung sei. Sie persönlich habe es sich etwas kleiner und schlichter vorgestellt, aber man sei auf einem guten Weg. Zur Absenkung des Grünstreifens fragt sie, ob dies nur für den unteren Teil gelte oder auch für den jetzt aktuellen, oberen Teil der Turmbergbahn. Sie fragt, ob die Bäume der oberen Turmbergbahn bestehen bleiben.

**Herr Dr. Höglmeier (VBK)** antwortet, dass die Absenkung des Grünstreifens den unteren Teil betreffe. Man habe heute bereits im oberen Teil teilweise auch schon eine entsprechende Sicherungsmaßnahme mit einem Zaun bzw. dort, wo man nicht an die Bahn komme, habe man keine Notwendigkeit, eine Sicherungsmaßnahme vorzunehmen. Im oberen Teil würde es so bleiben, wie es heute ist. Bezüglich der Bäume wüsste er nicht, dass man hier Bäume entfernen wolle, außer die, die natürlich notwendig seien, um die untere Trasse herzustellen. Zur Streckenführung könne er sagen, was die Erschließung des Neubaugebietes angehe, dass in der B3 ein Rasengleis möglich sei. Man sei in einem sehr

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

frühen Stadium, wo man Trassenvarianten diskutiere. Nach Einschätzung der VBK sei auch in der B3 keine zweigleisige Strecke möglich, aber eine eingleisige, die als besonderer Bahnkörper als Rasengleis ausgebaut werden könne. Zu den Umlaufzeiten könne Herr Messerschmidt etwas sagen. Die Anbindung des Turmbergbads, was das Kombiticket angehe, sei eine Sache, die natürlich die Bäder mit dem KVV abstimmen müssen und auf den KVV zugehen müsse. Denn diese würden am Ende von jedem Eintrittsticket einen Betrag X an den KVV abgeben müsse, sodass das Kombiticket, wie es bei verschiedenen Veranstaltungen oder beim KSC sei, finanziert werden könne. Hier gebe es eine standardmäßige Berechnung. Dies müsse aber von den Bädern beim KVV veranlasst werden. Zu den Strecken Richtung Ettlingen und Hohenwettersbach zu den Bergdörfern müsse er sagen, dass sich hier in den letzten eineinhalb Jahren nicht wirklich etwas getan habe. Der Fokus liege auf Strecken, die schneller realisiert werden können und wo man einen größeren Nutzen sehe. Wenn man den Bericht habe, der auf die Website gestellt und auch als Druckvariante verteilt werde, könne man dort eine Bewertung sehen, wie man aktuell die Realisierungschancen sehe. Dort sei alles eingeflossen, was sich in der Zukunft entwickle und hier seien Punkte dabei, wo man sage, es sei denkbar, aber nicht heute und nicht morgen. Dementsprechend gebe es eine Abschichtung zwischen den verschiedenen möglichen Projekten. Aktuell müsse er auch dazu sagen, dass jede dieser Maßnahmen dann auch vom Gemeinderat entsprechend beschlossen werden müsse, denn jede dieser Maßnahmen koste nicht nur Geld in der Investition. Hier sei man auch über die Bundes- und Landungsmittel sehr gut ausgestattet. Für die Investitionen seien viele Mittel da und es sei nicht das Wesentliche, was hängen bleibe, aber nach der Investition, komme der Betrieb und dies müsse finanziert werden. Und dies sei in der heutigen Finanzierungslandschaft etwas, was zu 100 % an der Stadt hängen bleibe.

**Herr Messerschmidt (VBK)** möchte noch einmal die Verbindung zu den Bergdörfern ansprechen. Hier sei er etwas skeptisch, was mit dem Schlagwort Seilbahnen zu tun habe. Dies sei immer nur eine Punkt-zu-Punkt Verbindung, vielleicht auch mit einer Zwischenstation. Wenn man dann von Grünwettersbach in die Stadt wolle, dann fahre man mit einem Dorfbus zur Bergstation, dann müsse man in die Bergbahn umsteigen, um unten beim Zündhüttele dann wieder in einen Bus oder Bahn umzusteigen, die einen weiterbringe. Dies sei vielleicht etwas billiger, als eine Stadtbahnlösung und vielleicht auch schneller zu realisieren, aber ob dies attraktiver sei gegenüber der heutigen Lösung, mit der Linie 47 als Schnellbus vom Zündhüttele zum Bahnhof, dies sei dahingestellt. Hier solle man sich Richtung Stadtbahn konzentrieren, die viele Haltestellen in den Bereichen habe, je nach Trassenführung und eine deutlich bessere Erschließungswirkung habe, wo man von den Stadtteilen in die Innenstadt komme, ohne dass man zweimal einen Umsteigezwang schaffe. Es sei den Berg hoch sicherlich nicht besonders trivial, eine Trasse zu finden, aber auch nicht unmöglich. Es sei aber sicherlich die attraktivere Lösung und wenn er hier Fahrgastgewinne erzielen wolle und nicht nur touristisches Potenzial ziehen wolle, dann

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

müsse man Richtung Stadtbahn gehen und weniger in Richtung Seilbahnlösung. Dann seien noch die Busbereiche angesprochen worden. Hier sei der Sachstand nach wie vor unverändert. Insofern habe man über die Linienverlängerung von Stupferich nach Bahnhof-Durlach gesprochen. Dies konterkariere und hier gebe es jetzt eigentlich auch keinen neuen Sachstand. Es konterkariere das Konzept, welches man sonst gehabt habe, nämlich ein Stadtbussystem in Durlach, wo die Busse von der einen Seite kommen würden und in die andere Richtung weiterfahren. Und so fahren sie nur bis zum Bahnhof Durlach und es gebe keine Durchbindung. Diese Linie sei auch bedient durch die Linie 31, dann mache es auch keinen Sinn, die Linie 31 dafür sterben zu lassen in diesem Abschnitt, weil es von Berufspendlern sehr stark nachgefragt sei. Diese müssen zusätzlich verkehren. Die Busse würden sich in verschiedenen Abschnitten gar nicht begegnen können. Dies sei nicht attraktiver, als wenn man einen vernünftigen Umsteigepunkt am Turmberg habe. Das Stadtbuskonzept, welches man habe, dass man nicht nur Radiallinien habe, die am Schlossplatz enden, sondern in andere Stadtteile weitergehen, habe man im Augenblick mit der Linie 24 und 26 zusammen. Die Linie 21 und 23 würden immer verkehren. Dies werde sich künftig ändern, es werde die Linie 24 und die Linie 23. Sodass man von Stupferich Richtung Zündhütte komme und dann zum Bergwald. Die Linie 21 und 26 werden verknüpft sein. Es hänge auch mit Fahrzeiten zusammen, die sich ergeben haben, dass man hier bessere Umläufe bekomme. Durch verschiedene Tempo-30-Maßnahmen sei der Verkehr nicht schneller geworden. Man habe hier an verschiedenen Stellen auch finanziell nachsteuern müssen, dass man einen zusätzlichen Umlauf hineinbekomme. Mit der Aufteilung auf die neuen Linien investiere man auch in Zeiten, die man bisher nicht gehabt habe und setze ein zusätzliches Fahrzeug ein. Man verteile es gleichmäßig und alle würden etwas davon haben. Sonst habe man sich immer entscheiden müssen, auf welcher Umlaufbahn man sie hineintue und auf welcher Linie und die anderen würden nichts davon gehabt haben. So sei es viel schöner. Mit der Linie 23, wenn diese zum Bahnhof gehe, sei es ein deutlicher Mehraufwand, der nicht so attraktiv sei, denn die Verbindung über die Pfingstraße sei nicht arg toll.

Nun komme er zum Thema Ringlinienführung, wenn man am Turmberg einsteige, mit dem künftigen Neubaugebiet, wie es mit dem Ring und der Schleife sei, Richtung Stadt. Lösungen, die dazu führen, dass man nur noch eine Ringlinienverbindung habe, seien so nicht sinnvoll umsetzbar. Es müsse eine Lösung sein, die letztendlich eine Endstation habe. Es müsse dann flankiert sein mit einer Linie, die vom Turmberg in die Innenstadt zurückfahre. Es sei sicherlich nicht sinnvoll und für keinen Kunden attraktiv. Nicht nur wegen der Turmbergbahn, auch wegen gesamt Durlach. Bei aller Euphorie der Turmbergbahn, seien es sicherlich nicht die einzigen Nutzer, die hier einsteigen würden. Auch für alle, die den Bus nutzen, müsse es schnell Richtung Innenstadt gehen. Diese würden nicht erst bis hinten fahren können. Dann brauche man einen Punkt, wo man Wendezeiten verbringe, denn man müsse pünktlich Richtung Stadt abfahren, hier brauche man immer einen Puffer. Es sei auch nicht sinnvoll, wenn man hinten herausfahre, dort acht Minuten stehe, bis

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

man wieder Richtung Innenstadt fahre. Wenn es eine Lösung gebe und es nur eine Linie sei, dann müsse diese am Turmberg vorbeikommen und in der Gegenrichtung wieder Richtung Stadt fahren. Wenn es zwei Linien seien, dann können es verschiedene Achsen sein. Aber auch dann müsse es immer eine Linie geben, die vom Turmberg Richtung Stadt führe. Alle Menschen erst nach hinten zu fahren, sie dort acht Minuten stehen zu lassen und dann wieder nach vorne zu fahren, sei Quatsch. Solche Lösungen seien nicht tragfähig und alles andere als attraktiv.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** fragt noch mal nach dem Status des Aumer Busses. Die neue Verbindung zwischen Aue und Durlach, die man beantragt habe und hier mehr oder weniger einstimmig beschlossen worden sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ergänzt, dass man im Gespräch im Ausschuss II ausgemacht habe, dass die VBK dort Preisschilder dran mache, weil klar gewesen sei, dass es mit der finanziellen Situation insgesamt verbunden sei. Und hier solle man Preisschilder dranhängen und dann auch in eine Aufsichtsratsklausur einbringen. Vielleicht könne er dies einfach noch mal mitnehmen.

**Herr Messerschmidt (VBK)** antwortet, dass man eine gewisse Anbindung an Aue habe. Das andere nehme man einfach mit.

Dann komme er noch zur Linie 31. Man habe es damals umgelegt. Man sei nicht wegen dem Freibad diese Linienführung gefahren, sondern es sei die Fahrwegrichtung Richtung Industriegebiet und Hagsfeld. Der Grund damals dafür sei der Bahnübergang gewesen. Dies sei für die VBK eine extreme Behinderung des Verkehrs, mit extrem langen Wartezeiten, auch nicht planbar und letzten Endes sei es für die vielen Berufspendler im Vergleich zu doch sehr wenigen Freibadbesuchern, die mit dem Bus gefahren seien, eine Zumutung, an diesem Bahnübergang zu stehen. Man müsse sagen, man habe sehr viele positive Resonanzen bekommen, dass man endlich nicht über diesen Bahnübergang gefahren sei. Deswegen komme man hier nicht mehr zurück und wenn man eine Lösung haben wolle, dann müsse es letztendlich die Bahnstrecke sein, die noch höher frequentiert werde in den nächsten Jahren. Es werde nicht weniger. Die Schließzeiten an diesem Bahnübergang würden eher zu- als abnehmen und hier bekomme er keinen stabilen Busbetrieb drüber. Er müsse etwas haben, dass er ohne Bahnübergang darüber komme. Bei der Linie 31 sehe er im Augenblick keine Anpassungsplanung auf Straßenseite, dass man sowohl das Freibad hineinbekomme und sich den Bahnübergang spare. Wenn man diese Realisierung der Straßenbahntrasse habe, dann sei man sowieso sehr nah an dem Freibadeingang. Und dann habe sich das Thema sowieso erledigt. Ansonsten habe es die Diskussion gegeben mit dem Shuttleverkehr. Hier habe man auch ein Preisschild dranhängen gemacht, was dies bedeute, einen Kleinbusshuttle zwischen Turmberg und Freibad zu machen. Z.B. auch als Vorlaufbetrieb für eine später Straßenbahnbindung. Es sei letztlich eine finanzielle Geschichte, wo man sich überlegen müsse, ob man dies finanzieren wolle

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

oder nicht. Man habe es, glaube er, auf 50.000 € im Jahr quantifiziert, wenn man nur speziell die Freibadsaison mitnehme. Es sei die Haltestelle für das Freibad eher weniger genutzt worden, es seien zum Teil auch Anlieger, die dort seien. Dort sei auch die Polizeischule, dies müsse man noch einmal schauen, was hier gewollt werde.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** sagt aus, dass auf Seite 5 eine Aussage getroffen werde, zu „Unten am Grötzingener Weg, der Sachstand im letzten Abschnitt, Zeithorizont Synergien zum Sportareal Untere Hub in Durlach. Die Stadt werde über die Zeiträume separat informieren“. Hier habe er eine Frage zur Zeitachse. Er fragt, ob es eher zehn oder zwanzig Jahre seien. Die zweite Frage beziehe sich auf die Turmbergbahn. Er sehe, dass das Gesamte laufe und er glaube, dass auch durch die Workshops dies einen guten Weg nehme, aber immer wieder komme das Wort Petition vor. Er fragt, ob es eine gebe und ob er dazu etwas sagen könne. Man höre, dass hier etwas sei, aber er habe noch nie etwas Konkretes darüber bekommen.

**Herr Dr. Höglmeier (VBK)** könne zum Zeitraum auf das Stadtplanungsamt verweisen. Die Kolleginnen und Kollegen würden dann nochmals in den Ortschaftsrat kommen, um das Gesamte noch einmal vorzustellen, auch die gesamte Vorgehensweise. Dem wolle man nicht vorgreifen. Zum Thema Petition Turmbergbahn könne er sagen, es gebe im Internet eine Petition der Gegner für die Verlängerung der Turmbergbahn, wo sich auch eine gewisse Anzahl an Personen unterstützend eingetragen haben. Es sei bisher aber keine formale Petition über den Landtag angekommen.

**OR Frey (Die Linke)** sei auch bei einem Gestaltungsworkshop dabei gewesen. Man habe offene Fragen gelassen bzw. man habe sich auf kein Ergebnis geeinigt, was die Gestaltung dieser Wagen angehe. Aus der Begründung heraus, dass man als Ortschaftsräte und als Interessierte diese Entscheidungen gar nicht treffen müsse. Denn diese Entscheidung gehe die Bürger selbst an, die sich in diesem Projekt teilweise auch nicht richtig abgeholt gefühlt haben. Ein Stück weit sei auch die Kommunikation nach außen kritisiert. Sie gehe auch stark davon aus, dass diese Petition auch zu einem guten Teil damit zusammenhänge, dass die Bürger den Eindruck haben, dass dort an ihnen vorbei entschieden werde und dass die Kommunikation nicht immer so gelaufen sei, wie sie idealerweise hätte sein können. Sie fragt nach einer Möglichkeit, diese Entscheidungen, die noch offen seien, zur Gestaltung von dieser Bahn, der Bürgerschaft zu überlassen und sie an dieser Stelle noch mit einzubinden.

**Herr Dr. Höglmeier (VBK)** antwortet, dass man dies nicht vorhabe. Man glaube, dass man hier mit dem Ortschaftsrat das Ohr an den Einwohnern habe und dementsprechend der Ortschaftsrat die Meinungen und Anregungen hervorragend aufnehmen könne. Die Möglichkeiten zur Entscheidung habe man nach den Gestaltungswshops veröffentlicht. Man habe auch die Entscheidungsvorlagen. Deshalb sei die Vorgehensweise der VBK

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht VBK**

für die nächsten Monate so geplant, dass man diese Entscheidung dem Ortschaftsrat überlasse und man davon ausgehen dürfe, dass der Ortschaftsrat die Bürgerschaft in Durlach kenne, gehört habe und deren Ansichten vertrete.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** könne dies nur unterstützen und es obliege auch jedem Ortschaftsrat und jeder Fraktion. Diese würden die Möglichkeit haben, es in die Bürgerschaft zu bringen. Man könne auch in der Bürgerschaft noch einmal zurückfragen. Sie glaube, dass man hier die Repräsentanz hinbekomme. Es sei die Aufgabe eines jeden einzelnen, dass man zurückfrage und die Ohren offenhalte. Sie bedankt für den Besuch der VBK und freue sich auf die nächsten Treffen.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 2: Jahresbericht Schul- und Sportamt**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 2, Jahresbericht Schul- und Sportamt**, auf. Man habe sich hier entschieden, wie auch im letzten Jahr, dies zunächst in einem schriftlichen Bericht zu machen und die Fragen zu sammeln und schriftlich beantworten zu lassen in Anbetracht der Pandemiezeit.

**OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN)** bedankt sich für den Bericht. Sie habe drei Nachfragen. Die erste betreffe die Oberwald-Grundschule. Diese entwickle sich zu einer dreizügigen Ganztageschule. Eine Machbarkeitsstudie sei bereits vorgestellt. Allerdings heiße es, dass es keinen neuen Sachstand gebe. In Anbetracht der Zeit, wann die Machbarkeitsstudie vorgestellt wurde, würde sie sich die Frage stellen, wie es hier weitergehe mit einem aktuellen Sachstandsbericht. Die zweite Frage beziehe sich auf das Handlungsfeld Support also die TeSKA. Sie frage, ob es Zahlen gebe, wie oft deren Dienst in Anspruch genommen werden und ob die Probleme behoben werden können. Die dritte Frage betreffe das Lehrkräfte-Ausstattungsprogramm in Durlach. Es seien 207 mobile Endgeräte bis dato angefordert. Teilweise sollen sie ausgegeben sein und hier sei die Frage, ob damit zu rechnen sei, dass es bis zum Ende des Kalenderjahres alle Durlacher Lehrerinnen und Lehrer aus diesem Programm finanziertes mobiles Endgerät haben werden.

**OR Frey (Die Linke)** möchte ergänzend wissen, wie es um die Arbeitsverhältnisse der Lehrkräfte stehe. D. h. wie viele Lehrkräfte an den Schulen seien anteilig in einem Beamtenverhältnis oder in einem tariflichen Beschäftigungsverhältnis und wie viele von den tariflichen Beschäftigten befristet beschäftigt seien und wie lange die durchschnittliche Befristungsdauer sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass man dies wahrscheinlich beim Staatlichen Schulamt anfragen müsse und nicht beim Schul- und Sportamt.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** hat zwei Fragen. Das eine sei das Thema Handlungsfeld IT-moderne Schulen. Dies so großspurig zu überschreiben scheine ihm überzogen zu sein, wenn er sehe, dass pro Schuljahr und pro Klasse drei Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Er frage, ob die Fördermittel, die auf Bundes- und Landesebene aus dem Förderprogramm seien, abgerufen worden seien. Er könne sich nicht vorstellen, dass man mit drei Endgeräten pro Klasse hinkomme. Er kenne Schulen, gerade im Ausland, da bekomme man als erstes ein Endgerät zum Schulbeginn in die Hand gedrückt. Das Thema IT-Ausstattung der Schulen sei nach wie vor ein Albtraum. Das Thema Glasfaseranbindung der Schulen habe man auch schon mehrfach in diesem Gremium angemahnt. Immer wieder sehe er das Wort Mitverlegung. Man warte darauf, dass Fernwärme verlegt werde, dass man dort vielleicht noch ein Glasfaserkabel mit hineinlegen könne. Dies sei für ihn so nicht hinnehmbar. Es werde immer wieder behauptet, die bisherige Netzanbindung würde reichen. Er höre aber von Schülerinnen und Schülern aus Durlach anderes. Hier

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 2: Jahresbericht Schul- und Sportamt**

solle man ein Augenmerk darauflegen, wie man dies beschleunigen könne. Das zweite Handlungsfeld sei überhaupt nicht erwähnt worden. Es sei das Thema Luftreiniger an Schulen. Man befinde sich nach wie vor in einer Pandemie. Man habe nach wie vor keine Arzneimittelzulassung der Impfstoffe für die Altersgruppe 5-12. Man habe schon mehrfach angefragt, wann diese Luftreiniger für die Schulen kommen würden. Lüften reiche nicht immer aus und CO<sub>2</sub>-Ampeln würden auch nicht immer ausreichen. Hier habe er gerne Zahlen, zu Luftreinigergeräten in Durlacher Klassenzimmern. Auch hier gebe es in Karlsruhe Privatschulen, die selbstverständlich in jedem Klassenzimmer letztes Jahr Luftreiniger angeschafft haben. Er fragt, warum dies bei städtischen Schulen nicht klappe.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dies werde man so weitergeben.

**OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sei in der Statistik der Schülerzuwachs in der Pestalozzischule aufgefallen. Im Text sei erläutert worden, dass zwei Klassen der Felsschule der Pestalozzischule organisatorisch zugeordnet wurden. Hier wolle er nachfragen, dass er sich dies schwierig vorstelle, dass man aus Durlach heraus eine Schule betreue, die am anderen Ende der Stadt liege. Wenn eine Durlacher Schule dafür organisatorisch zuständig sei, habe er die Nachfrage, wie dies funktioniere, ob dies Lehrer von hier seien, die eingesetzt werden oder wie die Organisation von Durlach aus gelinge. Konkret habe er eine Nachfrage, da er die Felsschule räumlich kenne und zuordnen könne. Man würde sich bei Kindern aus Flüchtlingsfamilie vorstellen, dass eines der vorrangigen Ziele auch die Integration sei. Wenn er sich die Lage der Schule anschau, dann sei dies in einer Ecke, die weit weg von jeglichem Betrieb sei. Sie würden vom Unterrichtsablauf in eine Klasse gehören, weil man es hier nur sinnvoll machen könne aber für die Integration sei es förderlich, wenn diese Schulhofbegegnungen mit den hiesigen Schülern geben würde und nicht in einem abgesonderten Bau völlig unter sich blieben. Da es jetzt die Zuordnung zu einer Durlacher Schule gebe habe er die Frage, wie sinnvoll dies unter diesem Aspekt sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass man die Fragen weiterleiten werde und auch die Videos und auf die Antworten hoffe, die man normalerweise auch bekomme.



**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 3, Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach**, auf.

**OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** bedankt sich bei der neuen Leiterin der Friedhofsverwaltung Standesamt, Bürgerbüro und gemeindlicher Vollzugsdienst, Frau Stehli, für ihren Bericht. Er habe hierzu einige Anmerkungen und auch noch ein paar Fragen. Er wolle mit dem Bereich der Friedhofsverwaltung beginnen. Er wolle hier ein ausdrückliches Lob und Dankeschön aussprechen für das erfolgreiche Bemühen der beiden Friedhöfe in Aue und Durlach. Diese seien in einem sehr guten Zustand, sodass sie in ihrer Funktion als Platz der Erinnerungskultur für die Verstorbenen auch gerecht werden. Auch die erfolgreiche Abarbeitung der Gebäudedefizite und der baulichen Defizite verdiene Respekt. Auch die kurzfristige Aufnahme der Sanierung der Friedhofskapelle am Bergfriedhof in den kommenden Haushalt verdiene größten Respekt und Dankeschön, diese Sanierung sei überfällig. Es sei ein sehr wertvolles Gebäude auf dem Friedhof und es sei dringend notwendig, diese instand zu setzen.

Er komme zu dem Bereich gemeindliche Vollzugsdienst. Hier habe man sich noch gewünscht, dass es eine ausführlichere Berichterstattung gebe, vielleicht auch ein paar Zahlen, Daten, Fakten zum Diskutieren. Man diskutiere häufig über die Situation der fehlenden Parkplätze, der Verkehrssituation in Durlach und in der Altstadt. Hier denke man, es sei gut, von diesem Bereich mehr Zahlen, Daten und Fakten zu erhalten.

Zum Thema Standesamt sei es sehr erfreulich, dass die Zahlen in Durlach weiterhin hoch seien und Durlach als Trauort weiterhin sehr interessant für Brautpaare sei. Er finde, dass die Brautpaare und deren Gäste sehr stark zur Belebung der Durlacher Innenstadt beitragen. Wenn man die Brautpaare sehe, sei es ein sehr netter Anblick und auch für den Handel und die Gastronomie sei es ein sehr wertvoller Moment, um hier entsprechende Umsätze zu generieren und Durlach den Gästen von nah und fern bekanntzumachen.

Im Bereich der Bürgerdienste komme er zu einem Punkt, der keine Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stadtamt sei. Man habe hier eine Situation, die auch allgemein bekannt sei. Sie treffe auch auf das gesamte Karlsruhe zu. Es sei die Situation der Terminvergaben. Und hier komme man zu einem Punkt, bei dem man um Aufklärung bitte, der verschiedenen Handhabung der Terminvergabe. Während man in anderen Stadtteilen oder in Karlsruhe auch langfristige Termine noch bekomme, sei es in Durlach teilweise so, dass man keine Termine angeboten bekomme oder nur recht spontan und kurzfristig. Dies sei für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, warum dies in Durlach so sei und man habe die Erklärung dafür nicht parat. Hier wäre es von Interesse, eine Stellungnahme zu bekommen, warum man in Durlach diese Vorgehensweise gewählt habe, wie sie hier angewendet werde.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, die Zahlen, Daten und Fakten zum Gemeindevollzugsdienst liefere man gerne nach. Dies sei sicherlich für alle interessant. Zum Thema Bürgerbüro könne sie sagen, dass dies nicht seit Monaten,

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach**

sondern seit zwei Jahren ein Thema sei, dass es immer schwieriger werde, Termine zu bekommen. Es mache dem Amt auch große Sorge und man sei extrem unzufrieden. Sie wolle es insofern erläutern, dass es kein Problem der Durlacher Bürgerbüros sei, sondern ein gesamtstädtisches Problem sei. Man habe zu wenig Personal und wenig offene Schalter, um alle Anliegen zeitnah bearbeiten zu können. Wenn man mehr offen haben würde, könne man mehr Termine anbieten. So könne man nur die Termine anbieten, für die auch Personal und Schalter da seien. Dies müsse sie nicht erklären, dies sei ein normaler Vorgang. Wie lange so ein Termin zu dauern habe und was die mittlere Bearbeitungsdauer sei und wie die Terminvergabe sei, dies sei stadtweit einheitlich geregelt. Hier gebe es mittlere Bearbeitungszeiten. In Anbetracht der Situation habe man diese in Durlach sogar gegenüber den anderen reduziert, um mehr Termine anbieten zu können. Man habe sich damals dazu entschlossen, auch in das Onlineterminvergabesystem mit einzusteigen als mittelgroßes Bürgerbüro, d. h. dass man auch den Service anbiete, wie es die Kaiserallee 8 und das Bürgerbüro Hagsfeld mache, mit Terminvergabesoftware. Hierzu habe sich auch Neureut und Grötzingen entschlossen. Nur die ganz kleinen würden sich dazu nicht entschlossen haben. Hier habe es viele Gründe gegeben. Sie könne dies auch noch einmal ausführen.

Es sei damals eine große Unzufriedenheit da gewesen, dass man stundenlang warte, und nicht mehr drankomme oder schon morgens in das Bürgerbüro gegangen sei und man schon keine Wartemarke mehr bekommen habe. Dies seien alles Gründe gewesen, warum man in die Terminvergabe übergegangen sei. Im Grunde sei es ein total richtiger und wichtiger Schritt. Wenn man dies tue, dann müsse man aber auch genügend Termine stadtweit anbieten können. Wenn man allerdings die Onlineterminvergabe mache und auch über die 115 in Durlach Termine gebucht werden können und man nicht nur Termine für sich selbst vergebe und man sich in Durlach für alle öffne, dann komme es zu einer Situation, dass viele, die nicht aus Durlach seien, sich hier einen Termin ergattern und die aktuelle Situation sei so, dass 70 % der Kunden im Durlacher Rathaus, Kunden aus der Kernstadt seien und nicht aus Durlach. Dies sei eine große Unzufriedenheit, die sie verstehe, dass nur 30 % der Termine wirklich für die Durlacher und Aumer zur Verfügung stehen. Dies erkläre alles.

Nun komme noch dazu, dass es auch schriftlich gemacht werden könne. Die Back-Office Arbeiten würden dadurch zugenommen haben. Dies sei auch richtig und wichtig und so solle es sein. Was sie jetzt auch erfahren habe sei, dass man auch die schriftlichen Anfragen in großem Maße aus Karlsruhe bekomme, weil die Bearbeitungszeiten im Vergleich bei eineinhalb Wochen liegen würden, was immer noch weit unter anderen Schnitten liege. Nun mache man sich schon lange Zeit Gedanken, was man tun könne. Man sei insgesamt nur ein kleines Rädchen. Man könne drei Schalter mehr machen, dann habe man noch mehr Termine. Dies sei zu lösen über eine höhere Anzahl offener Schalter im gesamtstädtischen Bereich. Wenn die K8 nur die Hälfte ihrer Schalter besetzt habe, fehle hier eine unglaubliche Kapazität. Man könne auch sagen, aber hier habe man sich dagegen entschieden, dass man im Durlacher Rathaus nur noch Durlacher und Aumer bediene

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach****Blatt 3**

und man gehe aus der Onlineterminvergabe heraus und lasse über die 115 nicht mehr für ganz Karlsruhe einbuchen. Man würde sich dadurch separieren und man müsse mehr Personal einsetzen für die eigene Telefonnummer. Hierzu könne sie sagen, dass eine Person nur dafür da sei, um die Telefonate entgegen zu nehmen. Es gebe eine unheimliche Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, die hier nicht durchkommen. Man müsse vermutlich zwei bis drei Menschen in die Hotline setzen, um dann zu separieren und die Anrufenden zu fragen, ob man in Durlach oder Aue wohnen und nur dann bekomme man einen Termin im Bürgerbüro. Dann könne man zu 100 % die Terminvergabe für Durlach machen. Aber hier habe man sich dagegen entschieden. Ansonsten sehe sie nur die Möglichkeit, dass man insgesamt mehr Kapazitäten bekomme oder die Wartezeiten werden länger.

Zur Frage, warum man in der K8 noch einen Termin in acht Wochen bekomme, könne sie sagen, dass dies seit Kurzen umgestellt worden sei. Es sei noch nicht lange, dass man in Karlsruhe in der K8 auch über acht Wochen Termine im Voraus verbe. Durlach sei noch bei vier Wochen. Hier könne man darüber reden, dies auf acht Wochen hochzusetzen. Man sei noch bei vier Wochen, weil es ein klares Bild gebe, je länger die Terminvergabe im Vorlauf sei, desto geringer sei die Termintreue und desto mehr Luftzeiten produziere man. Die Leerlaufzeiten würden sich erhöhen. Es sei immer eine Abwägung, wie man damit umgehe. Man mache sich tagtäglich darüber Gedanken. Dies könne man sicherlich ausprobieren. Manchmal könne man kurzfristig noch einen Termin bekomme. Dies sei so, weil man jeden Morgen um acht eine Linie freischalte, wenn morgens klar sei, dass alle Mitarbeiter da seien. Dies sei sozusagen der Notfallschalter, wo man dann auch noch am gleichen Tag einen Termin bekommen. Man müsse immer damit rechnen, dass jemand ausfalle oder krank werde und dann hätte man den ganzen Tag mit Terminen zugebucht, komme aufs Rathaus und dann könne man den Termin nicht halten, da die Kollegin krank sei. Deswegen halte man diese eine Schlange bis am gleichen Tag vor. Morgens, wenn alle komplett seien, werde dieses Terminal freigeschaltet und man könne kurzfristig Termine bekommen. Hier sei die Kundschaft sehr dankbar. So seien schon viele Notfälle gelöst worden. Man sei überhaupt nicht glücklich mit dieser Situation und sie sei um jede Unterstützung dankbar. Es sei deutlich, dass es ein gesamtstädtisches Thema sei. Man spreche auch viel unter den Ortsverwaltungen und auch mit der Leitung des Ordnungsamtes, auch mit den Dezernenten. Bisher habe man hier noch keine Lösungsansätze bekommen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** bedankt sich für den vorgelegten Bericht und die mündlichen Ausführungen. Er habe noch einen Aspekt, der noch kurz beleuchtet werden könne. Dies sei das Thema Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen. Er wisse, dass man in Durlach immer ganz vorne mit dabei sei, neue Sachen auszuprobieren. Nicht umsonst habe man die Videoübertragung in der Sitzung und er wisse, dass das Stadtamt immer ganz vorne mit dabei sei und in allen Bereichen der Gesellschaft sehe man, dass die Digitalisierung einen Schub bekommen habe. Er habe aber das Gefühl, in der Verwaltung in

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach**

**Blatt 4**

---

dieser Sache leider nicht. Er fragt, wie es aussehe, ob es hier Gruppen gebe, dass man hier vorankomme. Dies sei bisher super gewesen. Er könne sich dran erinnern, dass es ein digitales Bürgerbüro im Rathaus gegeben habe, was aber nichts abgeworfen habe. Er könne sich an Sonntagsreden bei der Eröffnung im Bürgerbüro Ost erinnern, wo gesagt worden sei, dass Digitalisierung ein ganz fester Pfeiler sei. Er sei sich sicher, hier gehe es in Durlach voran.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass in Karlsruhe dort, wo es möglich sei, es umgesetzt werde und auch sehr schnell. Hier sei man an Landesgesetzgebung und an gesetzliche Vorgaben gebunden. Dort wo es möglich sei, werde es umgesetzt und man sei teilweise schon so weit gegangen, dass man auch Grauzonen habe, wo man in eine digitale Form oder in Briefform gegangen sei. Hier werde alles versucht, was gehe. In Durlach könne man hier keine eigenen Digitalisierungsschritte gehen, denn man hänge natürlich im gesamten Netzbetrieb der Stadt Karlsruhe und auch bei den entsprechenden Dienstleistern sei ein eigener Weg nicht zielführend. Allerdings gehe man einen neuen Weg und man sei in dem Bereich auch Pilotamt. Am morgigen Tag werde im Foyer der Karlsburg ein Ausweisausgabe-Terminal aufgestellt und hier sei man die ersten, die dies machen würden. Man habe 22 Fächer und erspare sich 22 Termine auf dem Bürgerbüro, um die Ausweise abzuholen, weil sie dort mit App oder QR-Code von den Bürgerinnen und Bürgern morgens von 08:00 Uhr bis häufig 22:00 Uhr die Dokumente abgeholt werden können. Man versuche alles, um die Termine sinnvoll zu nutzen. Er werde morgen aufgestellt, aber noch nicht in Betrieb gehen, hier sei man abhängig von der IT aber Herr Rößler sei dran.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** hat eine Nachfrage zu den Schaltern. Sie fragt, ob so wenige Schalter besetzt seien, weil die Stellen fehlen oder weil die Stellen nicht besetzt seien. Wenn ja, fragt sie, warum diese Stellen nicht besetzt werden können. Das zweite sei, dass es mehr Backoffice-Arbeit als vorher gebe. Wenn man dann Termine vererbe und die Leute würden nicht kommen, dann habe man Leerlaufzeiten. Diese könne man theoretisch dann für die Backoffice-Arbeit nutzen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass dies dann immer fünf oder zehn Minuten seien. Man rede über Situationen, wo keiner mehr eine halbe Stunde sitze. Die größte mittlere Bearbeitungszeit sei eine Viertelstunde. Normalerweise seien es fünf oder zehn Minuten pro Termin. Wenn eine Person nicht komme, dann warte man sowieso fünf Minuten, dann seien sie aber rum. Dies werde natürlich versucht und gemacht, aber die Lösung des Problems sei es nicht.

Bei den Stellen und dem Personal könne sie sagen, dass es beides sei. Sie könne für Durlach sagen, dass alle Stellen besetzt seien, bis auf eine Krankheitsvertretung. Durlach brauche mehr Stellen. Teilweise sei es auch so, dass die Stellen da seien, aber nicht besetzt in Karlsruhe seien. Dies könne in Durlach situationsbedingt auch immer wieder vorkommen,

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Jahresbericht Bürgerdienste Stadtamt Durlach**

**Blatt 5**

---

auch in Coronazeiten. Jemand in der Schwangerschaft dürfe nicht in den Publikumsverkehr und müsse im Homeoffice arbeiten, dann könne man natürlich Backoffice-Arbeit machen, dies sei klar. Es sei auch keine Arbeit, wo man von der Stange Personal einkaufen könne. Diese würden eingelernt werden müssen. Dies bedeute, man brauche 3-4 Monate, um dies richtig abzuwickeln. Es seien nicht die beliebtesten Jobs, auch mit dem Publikumsverkehr. Es finde auch durchaus ein gewisser Wechsel statt. Es sei beides in Durlach. Es würden aktuell mehr Stellen fehlen. Stellen würden nicht immer in der richtigen Qualität besetzt werden können.

**OR Frey (Die Linke)** erinnere sich noch gut an die Diskussion im Sommer 2019 zum gleichen Thema im Ortschaftsrat. Hier sei es auch schon das gleiche Problem gewesen und die Diskussion dagewesen, ob es Termine für Durlach geben solle, die Schwierigkeiten haben, im Rathaus direkt einen Termin zu bekommen. Die Mittel für die nichtbesetzten Stellen in Durlach zu beantragen sei ihr Vorschlag. Sie merke, dass man im Stadtamt in Durlach im Bürgerbüro eine sehr hohe Servicequalität habe. Man habe superfreundliche Mitarbeiter, die die Arbeiten sehr zuverlässig machen und ihre Termine im Griff haben. Dafür würden auch die verkürzten Bearbeitungszeiten sprechen. Man fühle sich als Bürger sehr gut aufgehoben. Sie denke, dass die Stadt insgesamt davon profitieren könne, wenn weitere Stellen in Durlach besetzt werden können, wenn es die anderen Bürgerbüros in anderen Stadtteilen nicht schaffen. Dies scheine von 2019 bis Ende 2021 ein durchgehendes Problem gewesen zu sein, dass Stellen dauerhaft nicht besetzt seien und an dieser Stelle halte sie es für sinnvoll, die dauerhaft nichtbesetzten Stellen zu beantragen. Es müsse möglich sein, dies innerhalb der Stadt umzubuchen und in Durlach zu besetzen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass dies nicht möglich gewesen sei. Dies sei selbstverständlich getan worden. Man habe vorgeschlagen, dass man über dem Bedarf einstellen dürfe, weil sowieso irgendwo immer genug Stellen da seien. Dies sei abschlägig beschieden worden. Angesichts der Haushaltssituation sei auch mit nichts anderem zu rechnen. Es werde ein Nullstellenwachstum geben, bis auf ganz wenige Bereiche, wie Sozialbereich und Klimaschutz. Ansonsten sei man nicht befugt, Stellen zu beantragen. Zum Service wolle sie noch sagen, wenn jemand einen Termin in Durlach bekomme, dann betrage die durchschnittliche Wartezeit durchschnittlich 3 Minuten. Dies bedeute, man komme rein, komme dran und könne wieder raus. Dieser Service stimme offensichtlich. Wenn jemand eine gute Idee habe, könne man Veränderungen schaffen.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 4, Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas auf Pellets**, auf.

**OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion)** sagt aus, dass die Umstellung von Erdgas auf Pellets der Fraktion nicht als der klimatechnische Wurf erscheine. Man habe zwar von fossilen Brennstoffen auf nachwachsende Rohstoffe umgestellt, aber bei dem Holzpreis, der zurzeit in die Höhe schieße, werde auch das Abfallprodukt Pellets teurer. Bei dem Baumsterben wisse sie nicht, wie sich dies auswirke. Sie fragt, ob man geprüft habe, ob eine Luft-Wasser-Wärmepumpe mit einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach vielleicht besser sei oder eine Erdwärme. Dies erscheine ihr kostengünstiger und auch vom Klimaschutz her besser.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass dies aus technischen Gründen die einzige Alternative sei.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, dass seine Fragen in die gleiche Richtung gehe und die Antwort für dieses konkrete Objekt, dass es die einzige technische Alternative sei, unbefriedigend sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass die Antwort länger sei, sie stelle diese auch gerne zur Verfügung. Es sei nur ganz speziell zu dieser Frage gewesen.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, dass diese vielleicht etwas helfe. Als er die Beschlussvorlage gesehen habe, habe er sich gewundert, dass man dies erst 2022/2023 mache. Der Blick zurück helfe aber nicht weiter. Heute erscheine für dieses konkrete Objekt trotz der großen verglasten Flächen aus dem Baujahr 1994 in Kombination mit Fotovoltaik elektrische Wärmepumpe in Ergänzung mit Infrarotflächenheizung als sinnvoll. Die Heizungslebensdauer von zehn Jahren, die Verringerung von Transmissionswärmeverlusten der Gebäudehülle durch neue Verglasungen. Die gesamten Sanierungsfahrpläne müsse man nicht jedes Mal neu erfinden. Es wundere ihn an dieser Stelle schon. Zusätzlich, wenn er die Auslegung der Anlage sehe, mit 660 KW und 20 Kubik-Wärmespeicher, werfe dies Fragen auf. Er fragt, warum hier die Spitzenlast über Holzpellets ausgelegt werde. Dies sei wahrscheinlich die teuerste Möglichkeit an dieser Stelle. Wenn man sich überlege, was diese 660 KW bedeuten, unter der Prämisse, dass diese korrekt ausgelegt seien, in Verbindung mit 1500 äquivalenten Volllaststunden pro Jahr, dann rede man über 400 Tonnen Pellets pro Jahr, dies seien 20 Lkw mit Anhänger, 23 Tonnen oder 40 Lkw ohne Anhänger pro Jahr. Dies bedeute Verkehrsaufkommen, dies bedeute Emissionen von Transport. Pellets würden einen Emissionsfaktor von ca. einem Zehntel von Erdgas haben. Hier werde momentan noch gestritten, ob die Methan-Emission korrekt berücksichtigt sei. Er führt aus, warum er dieser Maßnahme trotz dieser

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 2**

---

großen CO<sub>2</sub>-Einsparung nicht zustimmen könne. Und dies finde er sehr schade. Dafür gebe es im Wesentlichen zwei Gründe. Der erste sei, dass die Umstellung von mit Öl-befeuerten städtischen Liegenschaften dringlicher sei. Denn diese gebe es immer noch, beispielsweise das Naturschutzzentrum Rappenwörth. Hier sei vor einigen Jahren ein neuer Öl-Kessel eingebaut worden, der stillgelegt werden solle, wegen dem integrierten Rheinprogramm. Für ihn sei dies unverständlich. Aus Sicht der Stadt gelte wie für jeden Liegenschaftseigentümer, dass man jeden Euro nur einmalig ausgeben könne. Dann solle er dort ausgegeben werden, wo man die größte CO<sub>2</sub>-Einsparung für das Objekt bekomme. Der zweite Grund sei, man müsse Wärmelösungen im Verbund denken und skalierbar machen. Hier nur eine Liegenschaft zu betrachten, nütze einem nichts. Man habe beim Tagesordnungspunkt zwei gehört, dass in unmittelbarer Umgebung zu diesem Objekt möglicherweise ein Ersatzneubau für die Turmbergschule und den jetzigen Pfinzbau geplant sei. Eine Machbarkeitsstudie solle bis Mitte 2022 vorliegen. Er bittet darum, dass diese Machbarkeitsstudie abgewartet werde. Man solle im Wärmeverbund denken und die Gebäude gemeinsam versorgen. Gleiches gelte für das geplante Baugebiet im Quartier an der Pfinz in direkter Nähe, welches vielleicht 2030/2035 bewohnt sei. Diese Sachen müsse man berücksichtigen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass man hierzu auch eine Antwort erhalten habe. Dies bestätige auch einiges. Die Planung ziele allein auf die Wärmeversorgung der vorhandenen Gewerbeschule. Sie bedenke nicht, was sonst noch komme. Sollte ein Ersatzneubau für den Pfinzbau und die Turmbergschule konkret geplant werden, würde dieser Komplex sicher durch eigenständige sicher nicht auf Verbrennung von Biomasse basierenden Wärmelösungen versorgt werden. Denkbar sei beispielsweise eine Wärmepumpenlösung, auf Basis der restlichen Rücklaufwärme der Gewerbeschule. Oder eine Wärmepumpe mit Nutzung vorhandener Erdwärme. Aktuell werde auch bereits für diese Schule eine andere Standortlösung untersucht. Für das angesprochene Baugebiet wurde kein Wärmekonzept im Verbund mit den städtischen Gebäuden untersucht. Nach den vorliegenden Informationen würden hier noch keine belastbaren Planungen für eine Wärmebedarfsermittlung vorliegen. Zudem müsse auch hier davon ausgegangen werden, dass eine technische und wirtschaftliche angemessene Lösung zur Versorgung von Wohnungsneubauten, nicht durch Biomasseverbrennung realisiert werden sollte.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** fragt, ob es die Antwort auf die Fragen gewesen sei, welche er im Ältestenrat gestellt habe. Er könne Kollege Ruf und Frau Oppelt nur zustimmen. Er selbst habe in einem Firmenobjekt das Thema Pellets angerissen. Leider sei es tatsächlich so, dass Pellets überhaupt nicht CO<sub>2</sub>-neutral seien. Denn die meisten Holzvorkommen seien leider in Bulgarien und Rumänien. Es gebe in Deutschland kaum Fertigstellungen bei großen Objekten. Er habe dies auch sehr kritisch gesehen und eine der

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 3**

---

größten Firmen, die dies herstellen, habe dies auf Nachfrage auch bestätigt, dass kaum heimisches Holz in dieser Sache verwendet werde. Die Anfahrtskosten nach Karlsruhe seien horrend. Herr Ruf habe sich die Mühe gemacht, die Anzahl der LKWs hochzurechnen. Er sehe dies zu diesem Zeitpunkt sehr kritisch. Er fragt, was man nun mache. Er fragt, ob man es aufschieben könne, wie es Herr Ruf vorgeschlagen habe.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass die Wärme zu weit entfernt sei. Dies lasse sich nicht darstellen. Dies habe man auch abgefragt. Dies sei so. Zum Thema Nachhaltigkeitsstandard werde mitgeteilt, dass man derzeit bei zukünftigen Vergabeverfahren genau darauf achte. Man wolle dort rechtssicher Nachhaltigkeitsstandards festlegen. Dies sei aber in der Tat noch ein Thema. Die Frage zur Herkunftssicherheit der Holzabfälle sei heutzutage leider berechtigt. Aus der Sicht von HGW stehe diesen partiellen Qualitätseinbußen jedoch nicht eine grundsätzliche Entscheidung für den Energieträger Holz entgegen, insbesondere nicht im Vergleich zu dem aktuell noch am standortbeheizten fossilen Erdgas.

**OR Bruker (AfD)** führt aus, dass man sich seit 20 Monaten in einer Ausnahmesituation befinde, die in sämtliche öffentliche Haushalte riesige Löcher gerissen habe und weiterhin reisen werde. Angefangen vom Bundeshaushalt bis hinunter in die kommunalen Haushalte. Gestern sei im Gemeinderat erneut publik und besprochen worden, dass allein für nächstes Jahr 2022 die Verwaltung in der Stadt Karlsruhe einen Haushaltsminus von 75 Millionen € veranschlage. Man spreche bei dieser Sanierung und bei diesem Austausch einer funktionierenden Heizungsanlage von einem Kostenrahmen von ca. 1 Millionen €. Und dies im Umfeld der angespannten finanziellen Lage. Zur Klimaneutralität sei schon manches gesagt worden. Während man sich hier fünf Beine ausreize, werde in China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ans Netz geschaltet. Man ruiniere sehenden Auges die eigenen Haushalte, während wo ganz anderes auf der Welt vermutlich darüber gelacht werde. Im Übrigen seien Pelletheizungen durchaus fragwürdig. Das Holz, so auch die Grillholzkohle, seien aus Südamerika, Paraguay und Argentinien. Man wisse nicht wo die Pellets herkommen. Das Umweltbundesamt habe bereits 2006 in einer Studie festgestellt, dass die Feinstaubemissionen aus Holzfeuerungsanlagen die Emissionen aus dem Straßenverkehr übersteige. Hier werde oft über eine lebenswerte Stadt und saubere Luft gesprochen. Dies passe in dieses Bild nicht hinein. Er werde auf jeden Fall dagegen stimmen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** habe beim Lesen der auch ein gewisses Störgefühl gehabt. Nun wolle man eine funktionierende Heizung gegen eine Pelletheizung austauschen, die in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Neutralität auf Bundesebene nicht ganz oben auf der Agenda stehe. Hier gebe es ein Sondierungspapier, bei dem die Gasheizung durchaus als Brückenlösung gesehen werde und nun wolle man eine funktionierende Gasheizung gegen Pellets



**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 4**

---

austauschen. Die Ausführungen von Herrn Ruf haben auch dargelegt, dass dies nicht die aktuellste und modernste Wahl zur Bekämpfung des Klimanotstandes sei. Hier verlasse er sich auf das Detailwissen der grünen Kollegen. Er habe ein massives Störgefühl, wenn diese Heizung jetzt nicht wirklich getauscht werden müsse, dann solle man sich die Zeit nehmen und eine zukunftsfähige Lösung herbeiführen.

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** sagt aus, dass die Fraktion Pelletheizungen in dieser Dimension kritisch sehe. Die Heizung müsse nach dem Energiegesetz ausgetauscht werden. Sie sei 1994 gebaut und nach 30 Jahren müsse sie raus. Diese werde stillgelegt, also müsse sie ausgetauscht werden. Er glaube nicht, dass die Pelletheizung an sich die 150 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen vermeide durch den Austausch. Man habe noch drei Jahre Zeit, die eine Millionen € könne man anders nutzen, indem man andere Technologien verwende. Maschinen würden Abwärme produzieren, es gebe andere Möglichkeiten als eine Pelletheizung.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** wolle noch ergänzen, was die energiepolitischen Sprecher der anderen Fraktionen bereits betont haben. Wenn die Pellets nicht aus Südamerika kommen, dann kommen sie vielleicht aus Bulgarien. Es gehe hier auch um etwas Grundsätzliches. Dies habe man auch bei anderen Themen gemerkt, wo er nachher vielleicht auch Gelegenheit habe, etwas dazu zu sagen. Man müsse diesen Bewusstseinswandel, den man offensichtlich in diesem Gremium habe im Hinblick auf den Klimaschutz auch irgendwo in der Verwaltung verinnerlichen lassen. Wenn regelmäßig Vorlagen kommen, nach dem Motto, man habe das Problem gesehen aber das umweltschädliche sei dann doch das richtige, dann komme man nicht voran. Und deshalb werde die Fraktion natürlich auch gegen diese Vorlage stimmen. Es sei nicht so, dass es dann kalt und finster werde in dieser Schule, er glaube aber auch, dass diese Berechnung, wenn man mit Erdgas weiter mache, ein bisschen in die eigene Tasche geschaut sei. Denn das Erdgas, von den Stadtwerken Karlsruhe werde an die Gewerbeschule geliefert und wenn dies teurer sei als die Pellets, dann habe man nur die Gelder innerhalb desselben Haushalts verschoben. Von daher wolle er die Wirtschaftlichkeit der Pellets unter dem Strich für den Kommunalhaushalt der Stadt Karlsruhe auch in Zweifel ziehen. Von daher solle man der Verwaltung sagen, man habe dagegen gestimmt und man solle sich etwas Klimaschutz gerechteres einfallen lassen. Und er glaube, dass auch die Aufgabe des Gremiums sei, dass man bei künftigen Vorlagen, die man hier auf den Tisch bekomme immer wieder auch an diesen Klimaschutzaspekt denken solle.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** möchte sich noch mit ein paar Details äußern. Biogene Festbrennstoffe würden ihre feste Rolle haben und ihre Berechtigung in der deutschen Wärmewende haben. Dies wolle man gar nicht in Abrede stellen. Die Nische für diese Geräte umfasse bis zu einer Millionen Anlagen. Es sei nicht nichts. Es seien mehrere

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 5**

Punkte gewesen und es sei sehr viel durcheinandergesungen. Zu den Emissionen wolle er sagen, dass die Emissionen Feinstaub emittieren würden aber es sei falsch gewesen, was Herr Bruker gesagt habe. Zum Thema Feinstaub könne er sagen, dass der Hauptteil der Feinstaubemissionen aus biogenen Festbrennstoffen aus sogenannten Komfortkaminen komme, in dem Scheitholz verbrannt werde. Dies seien nicht die Pelletanlagen. Die Pelletanlagen würden einen Standard von weniger als 20 mg pro Normkubikmeter einhalten müssen und die meisten unterschreiten diese Grenze stark. Natürlich seien diese lokal nicht emissionsfrei, dies wisse man. Zum Thema Herkunft der Pellets habe man mehrfach gehört, dass es sich um Abfallholz handle. Dies sei falsch. In der Herstellung von Pellets werde Abfallholz verwendet. Aber das Abfallholz werde verwendet um die Pellets zu trocknen. Man habe in der Rheinebene mehrere Pelletwerke. Hier könne man hingehen und sich dies anschauen, wenn man sich für diese Sache interessiere. Das Holz, welches am Ende in den Pellets lande, müsse bestimmte Qualitätsmerkmale aufweisen, sonst komme es einfach nicht infrage. Man müsse einen Aschegehalt von zuverlässig unter 0,6 Masseprozent erreichen und dies gehe nicht, wenn man Abfallholz verwende. Dies sei ganz einfach. Es handle sich um ein DIN-zertifiziertes Produkt und es müsse bestimmte Qualitätsmerkmale erreichen. Die Thematik, dass das Holz aus Südamerika, Bulgarien und Georgia komme, sei die Kraftwerksthematik. D. h. wenn man auf die absurde Idee komme und Holzpellets als Ersatz für Brennstoff für Kohlekraftwerke und große thermische Kraftwerke nutze, dann werden diese Pellets verwandt. Die Anlagen hier seien zertifiziert und der Hersteller garantiere, dass das Holz aus Landschaftspflegeholz komme, aus Waldpflegeholz. Das Holz komme aus dem Schwarzwald, dem Mittelgebirge oder den Vogesen. Dies sei kein Problem. Dies seien die wesentlichen Punkte, die er zur Klarstellung sagen wolle. Im Schnitt seien die Gasheizungsanlagen in Deutschland 17 Jahre alt. Dies sei zu alt. Das Landesgesetz habe dieses Alter nochmal erhöht, weil dann die Liegenschaftseigentümer gesagt haben, man warte. Es werde immer anspruchsvoller. Er wolle nicht, dass seine Argumente in die falsche Richtung wirken. Lieber früher handeln als länger warten. Denn länger warten habe einen genau in diese Situation gebracht, in der man heute sei. Wenn er sehe, dass alle dagegen stimmen, stimme er am Ende dafür.

**OR Frey (Die Linke)** sagt aus, dass sie nicht vom Fach sei und sich fachlich nicht richtig einbringen könne. Sie tue sich mit dem Antrag schwer, weil sie keinen richtigen Vergleich habe. Es sei gesagt worden, dass es umweltfreundlichere Lösungen gebe und günstigere Lösungen gebe, aber diese Lösungen habe man jetzt nicht als Vergleichsangebote vorliegen. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe, hier noch einmal Informationen einzuholen, mit welchen anderen Technologien dies möglich sei. Frau Ries habe gesagt, dass diese Technologie alternativlos für den Einbau sei. Sie sehe auch, dass Kosten in Höhe von 82.000 € hinzukommen. Diese würden auch bei einer anderen Heizungsanlage entstehen, die alte Anlage sei abgeschrieben. Sie betrachte sich nicht als ausreichend informiert, um hier abstimmen zu können.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 6**

---

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** glaubt, dass es wenig Sinn mache, sich gegenseitig mit persönlichem Wissen versuchen zu überzeugen. Auch wenn die Ausführlichkeit beeindruckend sei. Aber er glaubt, dass diese Ausführlichkeit an dieser Stelle nicht nötig sei. Denn Fakt sei eins, dass man sich insgesamt mit dieser Vorlage schwertue, weil man sich in der Tat etwas anderes erhofft habe seitens der Verwaltung. Frau Frey habe es trefflich formuliert. Es gehe um die Alternativvorschläge, dass es alternativlos sei, wie es in der Antwort als solches zwischendurch aufgekommen sei. Dies überzeuge ihn letzten Endes nicht, insofern würde er diesbezüglich tatsächlich den Weg beschreiben, wie es Herr Dr. Rausch formuliert habe, dass man in der Gänze, in der Ausfertigung der Beschlussvorlage als solches zu einer Ersatzheizung als auf Pelletbasis in der Gesamtheit wenig zufrieden sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass man in der gesamtstädtischen Gremienfolge als erster sei. Es komme dann in den Bauausschuss am 26. November und in den Hauptausschuss am 30. November. Ob ein weiteres Verschieben möglich sei, könne sie nicht sagen. Sie sehe auch heute, dass sich hier sehr viel Kritik auf tue. Insofern könne man heute einfach den Beschluss machen und dann sei es ein negativer Beschluss, und dies schicke man zu Hochbau- und Gebäudewirtschaft. Sie würde das Gremium allerdings um eins bitten, denn ein Ältestenrat sei kein Selbstzweck. Wenn so viele Bauchschmerzen bei einer Vorlage seien, dann solle man dem zuständigen Amt die Möglichkeit geben, dass ein Fachmann geschickt werden könne. Dies hätte man im Ältestenrat sagen können. Dann würde jeder den Vorteil haben, dass man diskutieren könne auf Augenhöhe mit einem Fachmann, nicht nur über pro und contra der Pellets, sondern auch über die Verzahnung zu den technischen Gegebenheiten und sonstigen Notwendigkeiten. Dies sei ihre Bitte und es könne auch nach den Fraktionssitzungen sein, dass man einen Zuruf bekomme, dass man dann sachgerecht und qualitativ diskutieren könne und einen Beschluss fassen könne.

Ansonsten liege der Beschluss heute vor. Man müsse heute einen Beschluss fassen. Man könne HGW natürlich noch einmal die Gelegenheit geben, noch einmal auf die Bedenken, die geäußert worden seien, einzugehen in schriftlicher Form und es dann noch einmal in die Offenlage zu geben. Dies könne sie gerne anbieten.

**OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** finde es eine ungeschickte Situation, denn die Maßnahme an sich sei positiv. Man wolle im Rahmen der Klimaschutzziele die Heizungsanlage ertüchtigen. Dies sei etwas sehr Positives und man könne nichts dagegen haben. Man hadere nur mit der Technik. Die einen mehr fachmännisch, die anderen mehr laienhaft mit ihren persönlichen Bedenken. Er wolle aber auch nicht hingehen, dass man sich die Chance vertue, denn es sei ein hoher Haushaltsposten. Man habe mitbekommen, wie angespannt der Haushalt sei. Es sei klasse, wenn man dies bekommen könne für die Gewerbeschule in Durlach. Er frage, ob es eine Option sei, dass man sage, man stimme zu und artikuliere die Bedenken, dass man bezüglich der technischen Umsetzung

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets**

**Blatt 7**

---

Bedenken und viele Fragen habe. So sei aber gesichert, dass dieses Geld auch zur Verfügung stehe. Und nicht in den nächsten zwei oder drei Jahren darüber gesprochen werden könne, weil die Gelder woanders eingesetzt werden oder gar nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Man könne sagen man stimme zu, aber.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dies könne man immer sagen, man stimme mit einem „aber“ zu. Aber dann habe man dem Umbau nicht zugestimmt. Es komme als konkrete Maßnahme zur Beschlussfassung in den Bauausschuss, dem habe man dann nicht zugestimmt. Man stimme zu, habe aber Bedenken hinsichtlich der Technik. Dies könne man natürlich machen. Man werde nur angehört.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** findet den Vorschlag von Frau Ries durchaus sympathisch, denn Fakt sei auch, das die Haushaltsmittel natürlich in den aufzustellenden Doppelhaushalt einzustellen seien. Und wenn man diesbezüglich weitere Fragen habe, die aus Gremiensicht ungeklärt oder nicht ausreichend beleuchtet und bewertet seien, dann glaube er, dass dies ein gangbares Verfahren sei, diesbezüglich bei der Verwaltung eine Beantwortung anzufordern, um dies letztendlich in einem Umlaufschlussverfahren auf den Weg zu bringen. Denn eins sei Fakt. Die gesamte Sache müsse in den Bauausschuss und auch in den Hauptausschuss. Jeder würde Vertreterinnen und Vertreter in den gemeinderätlichen Ausschüssen haben und jeder könne die Bedenken dorthin transportieren.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass das Risiko bestehe, dass wenn es Durlach nicht wolle, dann gehe es wo anders hin. Ihr Vorschlag sei, dass man der Erneuerung der Heizungsanlage zustimme. Die Bedenken seien im Protokoll und man hätte gerne noch einmal einen fachlichen Austausch über die Technik im Bauausschuss.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** sagt aus, dass man diesen Vorschlag konkretisieren müsse. Sonst bürge dies das Risiko, dass irgendeiner verstehe, man stimme der Umstellung auf Pellets zu. So dürfe es nicht sein. Der Beschluss müsse heißen, der Ortschaftsrat stimme der Modernisierung der Heizungsanlage zu, fordere die entsprechende Einstellung der Haushaltsmittel, lehne die Umstellung auf Pellets aber ab. Dies sei eine klare Antwort. Man müsse denen klar sagen, was sie zu tun haben.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass dies eine klare Ablehnung der Beschlussvorlage sei. Dies wolle man eigentlich nicht.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, ob sich der Beschluss in zwei Teile gliedern lasse. Teil eins sei, das Gremium stimme einer klimaneutralen neuen Heizung für

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Gewerbeschule Durlach – Umstellung der Heizungsanlage von Erdgas  
auf Pellets

Blatt 8

---

das Objekt zu. Im zweiten Teil stelle man entweder die Pellets zur Abstimmung oder auch nicht. Oder man vertage ihn in den Ausschuss II.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** führt fort, dass der Ortschaftsrat unter Ziffer 1 einer Umstellung der Wärmeerzeugung in der Gewerbeschule Durlach zustimme. Ziffer 2 lautet, die Umstellung auf Pellets sieht der Ortschaftsrat kritisch und erwartet hierzu erläuternde Diskussionen im Bauausschuss über mögliche technische Alternativen.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft mit dem geänderten Beschlusstext zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen:	18
Enthaltung:	0
Nein-Stimmen:	1

Mehrheitliche Zustimmung zu Ziffer 1, ergänzt um Ziffer 2.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** unterbricht die Sitzung um 18:55 Uhr für eine Pause.

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Bebauungsplan „Hanggebiet Durlach – Bereich D

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** setzt die Sitzung um 19:05 Uhr fort.

Sie ruft **TOP 5, Bebauungsplan „Hanggebiet Durlach – Bereich D“**, auf. Hierzu habe sich Herr Pötzsche für befangen erklärt.

Sie stellt keine Wortmeldungen hierzu fest und ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen:	16
Enthaltungen:	2
Nein-Stimmen:	1

Mehrheitlich zugestimmt.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Haushalt 2022/2023 – Teilhaushalt Durlach. Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 6, Haushalt 2022/2023 – Teilhaushalt Durlach. Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf**, auf.

**OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, dass seine Fraktion den Haushaltsentwurf weiterhin mittrage. Hier stehe man voll und ganz dahinter. Man könne sich aber nicht verkneifen eine Empfehlung an den Gemeinderat auszusprechen. In Anbetracht der Haushaltslage, über die heute schon mehrmals gesprochen wurde, wolle man empfehlen, die Baumaßnahme im Teilhaushalt der Bäder, die Parkplatzsanierung des Turmbergbads zu schieben, bzw. darauf zu verzichten. Man rede hier über einen Haushaltsansatz von über zwei Jahre gesehen von 636.000 € für eine Maßnahme, die seines Erachtens nicht unbedingt von Notwendigkeit sei. Sie bringe keinen Mehrwert für die Pkw Abstellfläche. Sie führe eher zu den Problemen der Verlagerung der Parkflächen nach außerhalb und man habe eine sehr angespannte Haushaltslage und man sehe diese Maßnahme als durchaus streichungsfähig.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass dieser Meinung der Ortschaftsrat schonmal gewesen sei. Sie meine, dass man dies verschoben hätte, weil es anschließend auch weniger Parkplätze seien, als jetzt.

**OR Bruker (AfD)** hat eine Frage zur Seite 7. Dort stehe etwas über Abwasserbeseitigung und Erschließung. Es solle in einem Gebiet neue Abwasserleitungen gelegt werden, wo bisher keine seien. Es gehe um die Maybachstraße. Diese sei beim Wertstoffzentrum in der Ottostraße. Hier würde ihn interessieren, ob hier in Fernsicht schon das nächste Baugebiet in der Planung sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass man hierzu fachlich und inhaltlich nichts sagen könne. In der Maybachstraße könne sie sich es eher vorstellen, weil es im Rahmen der Sanierung der vom Ortschaftsrat gewünschten Sanierung der Zufahrtsstraße sei. Dies sei ihre Vermutung.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** sagt aus, dass man die Anregung aus der Grünen-Fraktion auch gemeinsam interfraktionell besprechen hätte können. Das Anliegen habe durchaus seine Berechtigung. Lieber sei ihm, wenn dieser Betrag anderweitig für Durlach zur Verfügung stünde, hier würde er nämlich die Anregung mitgeben, dass man diesen Betrag oder einen Großteil des Betrages brauchen könne. Er wolle daran erinnern, dass man gerade einiges aus IP-Mitteln bewältige, worüber man sich noch verständigen wolle zum Thema Stadtbildverschönerung. Er wolle keine Haushaltsrede halten. Man müsse

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Haushalt 2022/2023 – Teilhaushalt Durlach. Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf**

**Blatt 2**

---

nichts kopieren, was im Gemeinderat los gewesen sei. Im Hinblick auf die Haushaltslage könne man mit dem, was hier stehe, im großen Ganzen zufrieden sein. Einsparmöglichkeiten habe es natürlich gegeben, auch wenn man sagen müsse, dass das Haushaltsdefizit unabhängig von den Pandemiefolgen der Stadt Karlsruhe sicherlich kaum durch Projekte auf der Durlacher Gemarkung verursacht werde. Und wenn der Karlsruher Gemeinderat sich dessen bewusst ist, dann werde er Durlach auch so bedenken, wie es der Ortschaftsrat in aller Vernunft vorab zusammen erarbeitet habe.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** möchte sich zu diesem Thema auch äußern. Er sei froh, dass man einen Haushalt in diesem Konsens im Ortschaftsrat gefunden habe. Vielleicht sei das Thema Parkplatzsanierung, was Herr Kollege Pötzsche sage, eine Möglichkeit zur Entsiegelung. Immer wieder komme man dahin, Parkflächen nicht mehr zu asphaltieren, sondern mit Rasengitter zu belegen. Man könne sich überlegen, ob dies eine Möglichkeit sei, etwas für die Umwelt zu tun. Ansonsten von seiner Fraktion Zustimmung.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass dies eine gute Idee sei für Tagesordnungspunkt sieben. Hier würde man eine große Fläche haben.

**OR Frey (Die Linke)** ist aufgefallen, dass es bei den Schulen unterschiedliche Budgets gebe für die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie gehe davon aus, dass dies entsprechenden Bedarfen und Plänen von den einzelnen Schulen zusammenhänge. Natürlich sollen Schulen bedarfsorientiert gefördert werden. Bei der Pestalozzischule habe man im Bericht gelesen, dass weitere Klassen hinzugekommen seien, die wahrscheinlich auch einen höheren Betreuungsbedarf haben würden. Sie fragt, ob dies in dem Budget bereits berücksichtigt worden sei. Sie fragt, ob es hier kurzfristigen Spielraum gebe.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass es normalerweise zwischen den Schulen und dem Schul- und Sportamt vorher einen intensiven Austausch und ein Prozess stattfinde. Sie gehe davon aus, dass dies berücksichtigt wurde. Es würden Abfragen an die Schulen gestellt werden und hier werde nicht nur etwas vorgelegt. Die Schulen würden Meldungen machen können, was sie brauchen. Sie höre hier auch keine Beschwerden aus den Schulen.

**OR Frey (Die Linke)** fragt deshalb nach, weil dies nicht die erste Vorlage sei, die man von dieser Tabelle habe. Man sei frühzeitig informiert worden, dass man sich entsprechend melden könne. Sie habe bei den Schulen jetzt keine Änderung in den Zahlen gesehen, aber bei dem Bericht die kurzfristige Information, dass die Klassen größer geworden seien.



11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Haushalt 2022/2023 – Teilhaushalt Durlach. Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf

Blatt 3

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen:	19
Enthaltungen:	0
Nein-Stimmen:	0

Einstimmig zugestimmt.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 7: Vorschläge zur Flächenentsiegelung in Durlach**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 7, Vorschläge zur Flächenentsiegelung in Durlach**, Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 27.09.2021, auf.

**OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, dass die Geschichte zeige, wenn man recht unkonkrete Anträge stelle, dass manchmal von der Verwaltung relativ wenig komme. Und wenn man versuche, es sehr detailliert zu machen, so wie man auch dazu aufgefordert wurde vom Stadtplanungsamt und eine ganze Reihe von Vorschlägen mache, dann gebe es sehr große Barrieren. Von seiner Fraktion sei beantragt worden, dem damaligen Antrag der FDP folgend, diese Idee, die allgemein als positiv anerkannt sei, Flächenentsiegelung zu betreiben, mit Leben zu füllen und nun kommen hier eine Reihe von Argumenten, warum dies und jenes nicht gehe. Man habe nur um Prüfung gebeten. Das positive an der Antwort der Verwaltung sehe er darin, dass die Verwaltung nun überall sage, wo die Hemmnisse seien.

Hemmnis Nummer 1, sei das Geld. Dies sei an der ein oder anderen Stelle nachvollziehbar. Z.B., dass man den Rückbau der B10 zu einem späteren Zeitpunkt als Ausgleichsfläche ins Auge fasse. Natürlich sei auch klar, wenn man von zwei Fahrspuren den Asphalt entferne und dies entsorgen müsse, dass dies viel Geld koste. Es gebe viele kleinere Vorschläge der Fraktion, die teilweise auch schon selbst von der Verwaltung gekommen seien, zum Beispiel die Kreuzung Badener Straße/Grötzingen Straße/B3. Hier habe es vor langer Zeit, ohne Aktion des Ortschaftsrates, eine Vorlage der Verwaltung gegeben, die abwegige Spur wegzumachen. Damals sei der Ortschaftsrat dagegen gewesen und damals habe es dort keine technischen Probleme geben und das Geld sei auch da gewesen. Natürlich habe man bei vielen Dingen absichtlich Verkehrsflächen ins Auge genommen, denn es gebe nicht viele weitere Flächen, die zu entsiegeln seien, die der Stadt gehören, wo die Stadt den Zugriff drauf habe, die nicht Verkehrsflächen seien. Es gebe einige Kreuzungen, die aus einer Zeit stammen würden, die man manchmal, lapidar gesagt freie Zeit für freie Bürger nenne, wo man einfach Fahrspuren gebaut habe und die Fraktion wolle an dieser Stelle die Verwaltung auffordern, nach und nach sich die einzelnen Dinge vorzunehmen und hier genauer in die Tiefe zu gehen. Er sei völlig einverstanden, dass man beispielsweise nicht mit der B10 anfangen, sondern dies in Augenschein nehmen, wenn der Sportpark in die Realisierungsphase gehe und man womöglich Ausgleichsflächen brauche. Dies sei praktisch ideal. Gerade die kleinräumlichen Kreuzungen an der Auerstraße/Killisfeldstraße, dass man hier eine Abbiegespur wegzumache. Vielleicht gelinge es auch in den nächsten 12-18 Monaten, eine erste Entsiegelung vorzunehmen und zu sagen, an dieser Stelle müsse man nicht die Straße aufgraben, sondern man bekomme die Lichtanlage einfach abgehängt und man müsse keine große Neuinstallation der Lichtzeichenanlage machen. Dies würde man sich wünschen. Man werde hier zu gegebener Zeit auch nachfragen. Eine komplette Ablehnung könne er nirgends lesen. Klar sei natürlich, dass man auch begrüne, dies habe die Stadt auch vorgeschlagen. Dies habe man auch so vorgeschlagen und hineingeschrieben. Natürlich könne man keinen Baum pflanzen, wenn in

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 7: Vorschläge zur Flächenentsiegelung in Durlach****Blatt 2**

80 cm Tiefe ein Kabel verlaufe. Dies sei der Fraktion klar. Man werde hier dranbleiben.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** sagt aus, dass er beruflich zu den Menschen gehöre, die mit vier Reifen durch die Gegend fahren würden. Die Antriebsarten seien je nach Fahrzeug unterschiedlich, welches er fahre. Von Elektro bis Testfahrzeug. Er beobachte immer wieder in vielen Kommunen, und deshalb habe er dies im Haushalt ange-regt, dass Parkflächen, die heute asphaltiert seien, umgewandelt werden. Ganz einfach in Rasengitter. Er habe vor kurzem in einer Stadt gesehen, nicht weit von Flensburg, dass die kompletten Parkflächen nicht mehr mit Steinen, sondern mit grünen Plastikflächen gemacht werden, die man für die Feuerwehrezufahrten habe, und dass die Markierungen durch Büsche und Staudengewächse festgelegt werde. Dies seien Flächen, wo er denke, man könne auf eine Parkplatzinnerei verzichten, als vielleicht auf Verkehrsflächen. Aber die Zeit werde es zeigen. Wenn man so eine große Fläche wie am Durlacher Bad habe, die komplett versiegelt sei, dann gebe es Alternativen, um daraus zu gewinnen. Wenn man in zehn oder fünfzehn Jahren dann vielleicht doch einen näheren Anschluss mit der Bahn habe, brauche man auch nicht mehr die Anzahl der großen Parkflächen. Hier werde man mit der Zeit Veränderung sehen. Deshalb sei der Antrag, der gestellt wurde, in vielen Bereichen auch nachvollziehbar. Er sehe auch keine direkte Ablehnung, sondern er sehe eine abwartende Haltung und er sehe es wie Herr Köster, dass früher oder später man an die B10 und andere Flächen kommen werde. Er sei frohen Mutes, dass man mit Parkflä-chen beginnen können.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** sagt aus, wenn man Antragsteller wäre, würde man sich richtig über die Antwort ärgern. So wundere man sich nur ein bisschen. Vor allen Dingen, dass man alle Argumente sammle, um ein Anliegen aus dem Ort-schaftsrat negativ bescheiden zu können. Dies komme aus dieser Antwort eindeutig her-aus. Vor allen Dingen würden K.O.-Argumente kommen, wie bspw. man könne keinen Baum pflanzen, weil es darunter Versorgungsleitungen gebe. Dies sei wahrscheinlich bei jeder städtischen Fläche so, die man habe. Wer sich noch an den Anfang der heutigen Tagesordnung erinnere, als man über die Turmbergbahn gesprochen habe und über die Verlängerung der Trasse, habe auf der Folie gestanden, dass die Bepflanzung von Bäumen nicht empfohlen werde, wegen des Laubfalls. So könne man natürlich, wenn man Klima-schutz machen wollen und ganze Wälder pflanzen müsse, nicht weitermachen. Und dies sei etwas, was man mit dem Bewusstseinswandel gemeint habe, der im Gremium vorhan-den sei, aber wenn er in der Verwaltung nicht auch komme, dann werde man diese Ziele nicht erreichen. Er erinnere sich daran zurück, dass es eine Weile her sei in dieser Amts-perioden, dass es Vorschläge gegeben habe, für ganz konkrete Standorte, wo man Bäume hinpflanzen könne. Dies sei akribisch ausgearbeitet worden und wahrscheinlich gebe es für jeden Standort einen geeigneten Baum, egal ob eine Versorgungsleitung darunter sei oder nicht und es passiere nichts. Und diesen Stillstand könne man sich nicht leisten. Des-halb schlage er vor, dass man sich in der Abteilung Gartenbau in Durlach soweit es von den Finanzen her möglich sei, eigenständig über solche Standorte bemühe und diese dann

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,****17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 7: Vorschläge zur Flächenentsiegelung in Durlach****Blatt 3**

---

auch umsetze, statt regelmäßig abzuwarten, dass die Initiative von der Verwaltung ausgehe. Dort sei es noch nicht soweit.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt aus, dass sie den ersten Teil unterstützen könne. Den zweiten nicht. Man habe keine finanziellen Mittel bei der Abteilung Gartenbau, um dies in diesem Ausmaß zu machen. Man habe die IP-Mittel und Ähnliches und man brauche auch demnächst die Gelder für die Dinge, die wichtig seien. Es sei eine glasklare städtische Aufgabe, eher aus dem Bereich Tiefbau als Gartenbau. Zu sagen, weil es Karlsruhe nicht mache, machen es jetzt die drei oder vier Leute in Durlach selbst, die ein paar Euro haben, dies gehe nicht. Hier müsse sie als Stadtamtsleiterin sagen, dazu sei man nicht in der Lage.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** sagt aus, dem Grunde nach würde er Herrn Kösters anfängliche und vollumfängliche Zufriedenheit mit dem Prüfauftrag teilen. Es sei letztendlich so und davon wolle er an dieser Stelle abraten, sich im Detail einzelne Punkte über das Durlacher Stadtgebiet herauszusuchen und zu meinen, hier mache man eine Siedlung und dort mache man eine Siedlung. Man überfrachte eine Stadtverwaltung mit allen möglichen Prüfaufträgen. Im Klimaschutzkonzept, welches vom Gemeinderat mehrheitlich verabschiedet wurde, habe sich die Stadtverwaltung selbst eigentlich genau diesen Auftrag erteilt und auch übernommen. Im Einzelfall sei es natürlich überall da, wo Umstrukturierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum stattfinden sollen und werden, unabdingbar, dass genau dieses zum Prüfauftrag herangereicht werde oder herangezogen werde, eine Erzielung im innerstädtischen Bereich herbeizuführen. Dass dies nicht überall vollumfänglich passieren könne, liege auf der Hand. Dahingehend, dass Versorgungsleitungen bis zu einem Meter unter der Straßenoberfläche liegen und man keine Bäume pflanzen könne. Es gebe aber vielschichtige andere Möglichkeiten als solches. Deshalb könne er diesen Auftrag, der vom Ortschaftsrat an die Verwaltung herangereicht werde nicht erkennen. Es sei ein Prüfauftrag der Grünen-Fraktion gewesen. Darüber hinaus habe man es explizit in der Hand, in Bebauungsplänen Einzelheiten zu formulieren, zum Beispiel beim Oberen Säuterich oder auch auf Sanierungsgebiete im Rahmen eines Satzungsaufstellungsbeschlusses, die man im Hinblick auf beispielsweise Begrünung der Innenstädte oder auch auf Entsiegelung von Flächen, die auch geeignet seien zum Versiegeln. Dies habe man selbst in der Hand. Hier müsse man zusammentreten. Und dann müsse man diesbezüglich eine fundierte einstimmige Entscheidung und Auftrag aus dem Ortschaftsrat heraus formulieren.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** wolle als Anregung den vorherigen Tagesordnungspunkt und die Idee von Herrn Wenzel ansprechen. Wenn man schon den Parkplatz vor dem Turmbergbad in die Hand nehme, bestehe die Möglichkeit, dass man als Ortschaftsrat sage, dann wolle man aber nicht eine Komplettversiegelung, wie man sie jetzt habe, sondern dann wolle man eine andere. Dies sei eine konkrete Sache, wo der

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Vorschläge zur Flächenentsiegelung in Durlach

Blatt 4

---

Ortschaftsratsrat sagen könne, man wolle es so oder so. So würde man mit einer relativ großen Fläche weiterkommen.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** wolle noch ganz kurz auf Herrn Müller antworten, weil er meine, man überfrachte das Stadtplanungsamt mit spezifischen Prüfaufträgen. Das Stadtplanungsamt habe aufgefordert, genau dies zu tun. Und man habe es getan. Und dann bekomme man als Antwort, dass es entweder technisch oder regulatorisch nicht möglich sei oder es koste Geld. Und in beiden Fällen werde es nicht getan. Und dies finde sie ein Unding und super schade. Nun könne man nicht an allen Ecken und Enden einen Baum pflanzen, dies sei klar. Vielleicht könne man dann aber etwas anderes dorthin pflanzen. Begrünung müsse nicht unbedingt nur Bäume heißen. Wenn er sage, dass man dies bei Bebauungsplänen im Blick haben solle, sei dies wahr, aber bei Entsiegelungen gehe es um Flächen, die vorher versiegelt gewesen seien. Und der Obere Säuterich sei im Augenblick noch nicht bebaut. Natürlich werde man hier auf die Grünsatzung eingehen, auch wenn diese im Augenblick nur im Kerngebiet der Stadt Karlsruhe angewendet werde. Man werde schauen, dass man hier möglichst viel Grün hineinkriege.

**OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sagt aus, dass er natürlich nicht begeistert gewesen sei über diese Antwort, sondern er habe gesagt, es sei zu prüfen gewesen und nun habe das Stadtplanungsamt die Karten auf den Tisch gelegt. Man habe nun im Detail die einzelnen Argumentationen. Daran müsse man weiterarbeiten und schauen, wo die größten Realisierungschancen seien. Wenn ein Baum nicht gehe, dann Pflanze man Vergissmeinnicht und dann habe man auch eine Grünfläche. Dies habe Frau Klingert schon gesagt. Er werde an diesem Thema ganz sicher dranbleiben. Dies sei keine Frage.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** möchte klarstellen, dass Frau Klingert berücksichtigen müsse, dass die Fraktion einen Prüfauftrag gestellt habe, zu drei konkreten Punkten. Und man habe nichts anderes erhalten als eine Antwort auf diesen Prüfauftrag. Wenn sie damit nicht zufrieden sei oder einer anderen Meinung sei, wie ihr Fraktionskollege Herr Köster, dann solle sie es mit ihm ausmachen und nicht mit ihm.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr

Protokoll zu  
TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 8, Mitteilungen des Stadtamtes**, auf. Hier liegen keine Mitteilungen vor.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 9: Mündliche Anfragen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 9, Mündliche Anfragen**, auf.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** hat eine Anfrage bekommen. Sie betreffe die Auer Straße 50 A. Er zitiert aus einer E-Mail: „Ist Ihnen bekannt, dass in Karlsruhe-Durlach in der Auer Straße 50A, die frühere Seifenfabrik abgerissen werden sollte. Heute ist ein Chickenhouse drin, in diesem schönen alten Gebäude. Wird hier nicht der Denkmalschutz eingeschaltet?“

Er könne darüber nichts sagen und fragt, ob man darüber etwas wisse und ob etwas bekannt sei, ob es unter Denkmalschutz stehe. Er wisse nicht einmal, dass es abgerissen werden sollte.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass man sich schlau machen müsse.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** sagt aus, dass die Unionsfraktion und seine angeschrieben worden sei bezüglich eines Kunstwerkes der badischen Revolution. Frau Henkel habe hierzu auch noch eine Wortmeldung. Seine Frage sei, man habe 2023/2024 75 Jahre die bürgerlich liberale badische Revolution, was eine Keimzelle der deutschen Demokratiebewegung sei. Die Frage seiner Fraktion sei, was die Verwaltung gedenke, mit den angeschlossenen Museen zur Würdigung dieses Ereignisses an Veranstaltungen zu machen. Dies sei im Hinblick auf die Schulbildung und Demokratiebildung ein wichtiger Anlass. Hier wolle man gerne eine Auskunft haben.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, hier würde man sich schlau machen.

**OR Henkel (CDU-OR-Fraktion)** sagt aus, dass ihre mündliche Anfrage in die gleiche Richtung gehe. Sie wiederhole nicht noch einmal alles. Es sei ein wichtiges Merkmal, denn es sei die Hauptdressierung der Bahnstrecke, eben auch für die badische Revolution. Hier sei zur 800-Jahr Feier auch die Brücke bis zu einem gewissen Grad ertüchtigt worden. Aber an verschiedenen Stellen sei hier Nachbesserungsbedarf und vielleicht gebe es eine Möglichkeit, mit dem historischen Verein zusammen, hier etwas zu unternehmen, dass man dieses Gedenken der Demokratie in der Weise auch in die Köpfe der jüngeren bekomme.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dies mache man.

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. November 2021,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 9: Mündliche Anfragen

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest, bedankt sich recht herzlich für die Sitzung und schließt die Sitzung um 19:31 Uhr.

**Die Vorsitzende:**

**Die Urkundsbeamten:**

.....  
**Alexandra Ries**  
**Ortsvorsteherin**

.....  
**OR Dr. Wagner**  
**(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)**

**Der Protokollführer:**

.....  
**OR Siebach**  
**(SPD-OR-Fraktion)**

.....  
**Matthias Hoffmann**  
**(StaDu)**